

# Der Steinarbeiter

Organ des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Der Steinarbeiter erscheint einmal wöchentlich am Sonnabend.  
Abonnementspreis durch die Post inkl. Bestellgeld vierjährlich 1,20 Mk.  
Nichtverbandsmitglieder haben direkt bei der Post zu bestellen.

Redaktion und Expedition:  
**Leipzig**  
Zeiler Strasse 32, IV., Volkshaus  
Telephonruf 7503.

Anzeigen: An Gebühren werden von Privaten 40 Pfg. für die gespaltene  
Petitzelle oder deren Raum berechnet. — Inserate werden nur gegen  
vorherige Einbindung des Betrages aufgenommen.  
„Der Steinarbeiter“ ist unter Nr. 7528 der Zeitungs-Postliste eingetragen.

Nr. 6.

Sonnabend, den 6. Februar 1909.

13. Jahrgang.

## Inhalt.

**Hauptblatt:** Streiks, Sperren und Lohnbewegungen. — Situationsbericht über die Arbeitsverhältnisse im niederschlesischen Sandsteingebiet. — Die Fortbildung der Arbeiterversicherung in Deutschland. — Wirtschaftliche Rundschau. — Eine willkommene Neuerung. — Warum gewinnen wir die Hilfsarbeiter nicht? — Erwiderung. — Bekanntmachungen des Zentralvorstands. — Korrespondenzen. — Rundschau. — Allgemeine Bekanntmachungen. — Adressenänderungen. — Quidtung. — Briefkasten. — Anzeigen.

**Beilage:** „Recht auf Arbeit.“ — Arbeitslose und Gemeindefürsorge. — Ein Bild sozialen Elends. — Bericht vom 1. Gau für 1908. — Korrespondenzen. — Literarisches. — Feuilleton: Kloster und Gewerbebetrieb.

## Streiks, Sperren und Lohnbewegungen.

(Ueber alle unter dieser Rubrik veröffentlichten Bewegungen ist wöchentlich zu berichten; wo das unterbleibt, fällt für die folgende Nummer die Bekanntmachung weg.)

**Gesperret sind:** Kappelrodt: Firma Saiter in Bühl. — Mühlhausen (Els.): Granitwerk Stör. — Halberstadt: Werkplatz Hübler u. Schrader. — Konstanz: Gymnasium-Nebenbau.

**Nadolzsch, Singen, Heberlingen.** Die Firma Schmal kündigte sämtlichen organisierten Steinbauern, weil sie nicht bedingungslos mit einer willkürlichen Aenderung der Arbeitsordnung einverstanden waren.

**Sachsenburg, Verdungen, Beonbrunn und Rüdnach.** Der Unternehmer Treutle und einige seiner Freunde sehen es darauf ab, die Organisation zu zertrümmern. Es wurden Massenentlassungen vorgenommen.

**Bredeneck.** Der Streik bei H. Mensing dauert unverändert weiter.

**Magburg.** Der Steinmetzmeister Huber mahregelte unsern langjährigen Vertrauensmann Fischer. Die Kollegen erklärten sich mit dem Gemahregelten solidarisch; sie beschloffen, in den Streik zu treten, und so kann Herr Huber seine Arbeiten allein machen.

**Reichenbach (Odenwald).** Der Streik bei der Deutschen Steinindustrie geht weiter. Die Kollegen lehnten den schlechtesten Tarif ganz entschieden ab. Die Firma bietet alles auf, um durch die städtischen Arbeitsnachweise Streikbrecher zu erhalten. Die Angeworbenen sagten aber dem Werke wieder Ja, nachdem sie den wahren Stand der Situation erkannten.

**Netten (Bayrischer Wald).** Die Bayerische Granit-Aktien-Gesellschaft in Regensburg will sich absolut zu keinen Zugeständnissen wegen der Werkzeugfrage herbeilassen. Der Kampf dauert ungeschwächt weiter.

**Wendorf.** Die Pflastersteinarbeiter lehnten die Lohnreduktionen ab; der Streik ist seit drei Wochen perfekt.

**Kenfach (Waben).** Wegen Lohnreduzierung ist die Firma Müller gesperrt.

**Hombach.** Unserm Vertrauensmann, Kollegen Weidenhammer, wurde vom Unternehmer Rütz gekündigt. Weidenhammer erlaubte sich im Steinarbeiter die Lage der Granitarbeiter in den Bruchgebieten zu schildern. Zugug bei genannter Firma ist fernzuzahlen.

**Offenbach.** Die Verheirateten werden nicht mehr eingestellt. Zugug ist zu vermeiden.

**Wenig-Radwitz (Schlesien).** Der Werkführer Ulrich hielt bei der Wiedereinstellung gründliche Auslese. Die ganze Ortsverwaltung wurde aus Rücksicht nicht wieder eingestellt. Der Betrieb der Firma Seidler und Wimmel in Wenig-Radwitz ist gesperrt.

**Osnaabrück.** Am 1. Januar reichten die Kollegen eine Lohnforderung von 5 Pfg. pro Stunde an die Unternehmer ein. Die Firma Louis Steinhauer gab darauf als Antwort, daß sie sämtliche Steinmetzen entließ. Es liegt somit Maßregelung vor. Die Firma will nun unorganisierte Steinmetzen einstellen.

**Bülow.** Telegraphisch wird gemeldet, daß es wegen verschiedener Mißstände zu Differenzen kam. Zugug ist fernzuzahlen.

**Böhmen:** Karlsbad, allgemeiner Streik. Schwarzbrunn, alle Firmen gesperrt. Hermannsdorf, Firma Viehl gesperrt.

**Niederösterreich:** Höbelsdorf, Firma Sommer u. Weniger gesperrt.

**Salzburg:** Fürstenbrunn, Kieser-Bruch, Streik.

**Tirol:** Bozen, Firma Kompaßher, Streik. Innsbruck wegen Differenzen gesperrt.

**Ungarn:** Bilis-Gyantsó gesperrt. Fiume-Sufat, Marmorwerkstätte Giuseppe Sufatin boykottiert.

## An die Vertrauensleute.

In einer Reihe von Zahlstellen sind auch die italienisch sprechenden Kollegen Mitglieder unseres Verbandes. Kommt es in solchen Orten zu Lohn- und Tarifstreikigkeiten, so ist das selbstverständlich an die Redaktion des „Steinarbeiter“ zu berichten, aber auch die Redaktion des „L'Operaio Italiano“, Hamburg I, Besenbinderhof 56, ist von diesen Vorgängen direkt

in Kenntnis zu setzen. Wenn erst auf dem Umwege von Leipzig nach Hamburg berichtet werden soll, so gewinnen die Unternehmer sehr oft die nötige Zeit, um Italiener heranzuziehen, die über den wahren Sachverhalt erst an Ort und Stelle Aufklärung erhalten, wenn es zu spät ist. Bei allen Differenzen, an denen italienische Kollegen beteiligt sind, ist eine schnelle Berichterstattung an den „L'Operaio Italiano“ unbedingt nötig.

## Situationsbericht über die Arbeitsverhältnisse im Niederschlesischen Sandsteingebiet.

Aus diesem großen Steinbruchgebiet wird uns geschrieben: Wir halten es für unsere Pflicht, den Kollegen wieder einmal ein wahrheitsgetreues Bild über die Lage des Arbeitsmarktes vom Bunzlauer Distrikt zu geben. Die gehegten Erwartungen des verfloffenen Jahres, daß auch in Zukunft die Erwerbstätigkeit für die Kollegen im genannten Distrikt nicht groß eine Besserung zeigen würde, sind voll und ganz eingetroffen. Aber nicht nur das, sondern es erfolgte gegen das Vorjahr noch eine ganz bedeutende Zunahme der Arbeitslosigkeit. Es sind jetzt Verhältnisse eingetreten, die auch der größte Pessimist nicht für möglich gehalten hätte. Das Winterquartier für reisende Steinmetzen gehört schon seit einer Reihe von Jahren der Vergangenheit an. Es scheint nach den Vorgängen der letzten Jahre, daß auch die Steinarbeiter des schlesischen Distrikts als Saisonarbeiter betrachtet werden müssen. Welchen gewaltigen Umfang die Arbeitslosigkeit angenommen hat, mögen einige Zahlen beweisen. Der Zahlstelle Bunzlau gehören zurzeit 98 Mitglieder an. Von diesen stehen in 5 Geschäften 49 Kollegen in Arbeit. Die anderen 44 Kollegen sind zum Teil krank, zum Teil arbeitslos. In Warthau, wo früher 100 Mann schafften, sind es ganze 18, die in Beschäftigung stehen. 15 Mann sind arbeitslos und krank, die übrigen sind abgereist. Brecher waren daselbst 60 und mehr beschäftigt, heute schwingen noch 9 Mann die Zweispitze. Die Zahlstelle Radwitz weist 38 Mitglieder (Steinmetzen) auf, von denen etwa 20 am 25. Januar 1909 in Arbeit traten, 18 sind bis jetzt noch nicht beschäftigt. Auch stellte der Betriebsleiter Ulrich, ein gemüthlicher Sachse von Geburt, den Gesamtvorstand der Zahlstelle Radwitz und einige ihm nicht passende Kollegen nicht mehr ein. Die Kollegen werden tun, was ihnen die Pflicht und das Ansehen des Verbandes gebieten. Es wäre einfach eine Schande für die ganze Organisation, wenn dieses provokierende Vorgehen gegen ihre Mitglieder mit Stillschweigen übergegangen würde. — Gedenau hat zurzeit 26 Mitglieder, von denen ganze 2 in Arbeit stehen, also sind 24 Mann ohne Beschäftigung. — In Löwenberg-Blagwitz sind 43 Mitglieder zu verzeichnen, von denen 33 arbeitslos und nur 10 in Beschäftigung stehen. — In Deutmannsdorf sind ohne Arbeit sämtliche 21 Kollegen. Im ganzen sind von 255 Mitgliedern 120, die in Arbeit stehen, 135 Kollegen sind zum größten Teil ohne Beschäftigung und eine Anzahl krank. Die großen Betriebe von Schilling ruhen in Bunzlau und Warthau seit Anfang Dezember vollständig. Auf den Werkplätzen von Riggl-Deutmannsdorf und Holzmann-Sarlitz herrscht Grabesruhe. Kein Anpuhl wird geschwungen. In Sirgnitz wird nicht ein Steinmetz beschäftigt. Diese Zahlen sprechen für sich selbst, und wir glauben kaum, daß es noch Bruchgebiete gibt, welche sich im Punkte Arbeitslosigkeit mit dem schlesischen Distrikt messen können. In früheren Jahren waren gegen 400 Steinmetzen beschäftigt, jetzt sind 255 vorhanden, und von denen sind noch 135 Mann ohne Beschäftigung. Mit diesen Zahlen soll den Kollegen ein klares Bild gegeben werden, wie sehr der Arbeitsmarkt im Distrikt daniederliegt. Auf Arbeit kann nach dem hier Vorgezeichneten kein Zureisender rechnen, und ist es schade um das Geld und den Weg in dieses Paradies. Ist die Arbeit knapp, dann wächst die Kraft und der Mut von verschiedenen Betriebsleitern und Werkführern ganz gewaltig. Sie sehen die Zeit gekommen, auch einmal den Herren spielen zu können, wie der Fall in Wenig-Radwitz zeigt. Hierbei spricht der Verband aber auch ein Wörtchen mit, und es darf auch nicht vergessen werden, daß auf einen Winter immer wieder ein Sommer folgen muß. Die Praktiken des p. p. Ulrich werden wir schnell und mit gehörigem Nachdruck beseitigen. Das schlechte im Distrikt gerade noch, daß ein Werkführer in so proziger Weise mit unsern Verbandsmitgliedern umspringen könnte.

Wir geben hierdurch ferner bekannt, daß von Seiten der Arbeitgeber der bis 1. März 1909 gültige Lohnstarif gekündigt wurde. Ob Abzüge oder Zulagen geplant sind, können wir bis jetzt nicht mitteilen.

Sollte diese Arbeitslosigkeit jedes Jahr wiederkehren, so müßte der jetzt gültige Lohnstarif ganz entschieden erhöht werden, um auch für die schlechte Zeit sorgen zu können. An Lohnreduktionen bei dem heutigen teuren Lebensunterhalt ist gar nicht zu denken. Dieses Anerbieten würden wir, wie es einer organisierten Arbeiterschaft Pflicht ist, ganz entschieden zurückweisen.

Wemerk sei, daß die hiesigen Steinbrüche in maschineller Hinsicht in ganz moderner Weise ausgerüstet sind. Die Unternehmer schalten so viel wie möglich die Arbeitskraft der Steinmetzen aus, indem die Sägereien bis aufs äußerste ausgenutzt werden. Hinzugefügt sei, daß das niederschlesische Sandsteinmaterial äußerst ungesund ist. Seit einem Jahrzehnt sind ca. 250 Kollegen im schönsten Alter gestorben. Wer sich von der grassierenden Verunstaltung in den hiesigen Zahlstellen überzeugen will, der braucht bloß Einsicht in die Krankenliste des Verbandes zu nehmen. Die Löhne sind nachweisbar in den letzten Jahren enorm zurückgegangen und die Kollegen, die nur einigermaßen ihr Leben fristen wollen, müssen ungeheurer schufen.

Wir machen die Kollegen allerorts auf obige Zeilen aufmerksam, denn wenn die Arbeitsaufträge wieder einlaufen, dann ist es die Gepflogenheit der Unternehmer, Inserate in den bürgerlichen Zeitungen loszulassen, um innerhalb weniger Tage den Distrikt zu füllen und dann nach einigen Monaten Massenentlassungen vornehmen zu können.

## Die Fortbildung der Arbeiterversicherung in Deutschland.

Während die Notwendigkeit einer Reform der Arbeiterversicherung heute von keiner Seite mehr angezweifelt wird, herrscht doch über die Art und den materiellen Inhalt der Reform lebhafter Streit. Die Regierung ist von ihrem ursprünglichen Plane, die drei jetzt vorhandenen Zweige der Versicherung einheitlich zu gestalten, Schritt für Schritt zurückgewichen. Aus dem Programm der im Oktober vorigen Jahres abgehaltenen Konferenzen im Reichsamte des Innern zu schließen, will die Regierung die Bureaukratisierung der Arbeiterversicherung, die sie auf dem Gebiete der Invalidenversicherung so „erfolgreich“ begonnen hat, bei Gelegenheit dieser Reform vervollständigen.

Die Vertreter der Versicherten sind diesem Programm der Regierung bereits deutlich und energisch entgegengetreten. Ja wenn man den Meinungen der Unternehmer und ihrer Organe trauen darf, so haben auch diese einen unüberwindlichen Abscheu vor einer Erweiterung des Machtbereichs der staatlichen Bureaukratie innerhalb der sozialen Versicherungsgesetzgebung. Selbst wenn jedoch, namentlich im Hinblick auf das Ergebnis der oben erwähnten Konferenzen, die gegenwärtigen Rechte der Selbstverwaltung so gesichert wären, wie sie es zu sein scheinen, so kann das der Arbeiterschaft keineswegs genügen. Die Praxis beweist vielmehr täglich aufs neue, daß die Arbeiterversicherung, namentlich die Unfall- und Invalidenversicherung, ohne eine erweiterte Teilnahme der Versicherten an der Verwaltung dieser Einrichtungen trotz aller Reformen der Regierung eine gesunde Fortentwicklung nicht erfahren würde.

Die Selbstverwaltung der Versicherten kann sich jedoch nur da als segensreich erweisen, wo ihrem Betätigungsdrange nicht allzu enge Schranken durch eine reaktionäre und veraltete Gesetzgebung gezogen sind. Eine vollständige Reform müßte daher auch auf eine Erweiterung und Vervollkommnung der Leistungen der Arbeiterversicherung das Hauptgewicht legen. Davon scheint die Regierung jedoch noch weniger wissen zu wollen, als von einer Erweiterung der Selbstverwaltungsrechte.

Wie wenig die Regierung geneigt ist, freiwillig etwa eine Erhöhung der spottniedrigen Invalidenrenten zuzugestehen, beweist u. a. der Inhalt der Denkschrift, die von der Regierung zu der Frage der staatlichen Pensionsversicherung der Privatangestellten dem Reichstage vorgelegt wurde. Um den Gedanken eines Ausbaues der Leistungen des Invalidenversicherungsgesetzes von vornherein im Keime zu erstickern, befürwortet die Regierung in dieser Denkschrift eine Sonderversicherung der Angestellten außerhalb der Arbeiterversicherung, damit die von den Angestellten gewünschten höheren Leistungen der Invaliden- und Hinterbliebenenfürsorge ermöglicht werden.

Die nächste Zukunft wird jedoch der Regierung und den mit diesem Plane ebenfalls liebäugelnden Parteien beweisen, daß sich die Arbeiterschaft durch solche, offenbar recht staatsmännisch klug sein sollende Sozialpolitik von ihren Forderungen nach materieller Ausgestaltung der Arbeiterversicherung nicht abbringen lassen wird. Sie wird vielmehr die ihr zugeordneten Benachteiligungen zu würdigen wissen. Mit aller Energie müssen die den Privatangestellten gemachten Zugeständnisse für die Gesamtheit der Arbeiterklasse (einschließlich der Privatangestellten) in Anspruch werden.

Das Zeitmotiv für die Einführung der Invalidenversicherung wie der Arbeiterversicherung überhaupt war bekanntlich nicht nur eine Verbesserung der Armenpflege, sondern die Arbeiter sollten auch zufrieden gemacht werden. Diese „Aufgabe staatserkhaltender Politik“ wurde jedoch so mangelhaft erfüllt, daß die Arbeiterschaft durch die neue Versicherung nur noch unzufriedener wurde. Namentlich die Möglichkeit der Invalidenrenten bewies, wie gering die besitzende Klasse die Existenz des Arbeiters einschätzt. Im Jahre 1900 belief sich der Durchschnittswert der Invalidenrente auf 142,54 Mark jährlich, 1907 war der Durchschnittswert auf 166,04 Mark jährlich gestiegen. Diese Steigerung ist zunächst auf die längere Geltungsdauer des Gesetzes zurückzuführen. Dann aber auch auf die durch das Ansteigen der Löhne erfolgende Versicherung in einer höheren Beitragsklasse. Die durchschnittliche Höhe eines Wochenbeitrages betrug 1900: 22,55 Pfg. und stieg bis zum Jahre 1906 auf 24,46 Pfg. Während im Jahre 1900 von je 100 Wochenbeiträgen auf Klasse I (bis 350 Mark Jahresverdienst) 18,09 Beiträge entfielen, kamen im Jahre 1906 nur noch 12,7 Prozent der Beiträge auf Klasse I. Ebenso ist der Prozentanteil in Klasse II von 34,2 auf 29 gefallen, dagegen in Klasse III von 23,8 auf 24,4 Prozent, in Klasse IV von 15,8 auf 18,3 Prozent und in Klasse V von 7,3 auf 15,6 Prozent gestiegen.

Gaben aber schon die Lohnerhöhungen mit der Steigerung der Kosten der Lebenshaltung nicht Schritt halten können, so ist die durch die Lohnerhöhungen erzielte Steigerung der Renten noch weit weniger ausreichend. Die in-

Direkten Steuern sind in Deutschland seit dem Jahre 1878 von 10.62 Mark auf 25.52 Mark jährlich auf den Kopf der Bevölkerung gerechnet, angestiegen. Eine Familie mit vier Kindern hat daher etwa 153 Mark jährlich an indirekten Steuern zu zahlen. Dieser indirekten Steuer kann der Arbeiter auch nicht ausweichen, wenn er invalide wird. Nach dem durchschnittlichen Wert der Invalidenrente bemessen, reicht also die Invalidenrente gerade hin, um einen invaliden Arbeiter und seine Familie von den indirekten Steuern zu befreien. Kein Wunder, wenn es nicht gelingen will, die Arbeiterklasse durch die Arbeiterversicherung zufriedener zu machen.

Die Erhöhung der Renten muß daher im Vordergrund jeder Reform der Invalidenversicherung stehen. Ohne Rentenerhöhung keine Reform.

Ein anderer Faktor, der dem Arbeiter die Invalidenversicherung wertvoll erscheinen lassen könnte, ist das vorbeugende Heilverfahren. „Krankheiten verhüten ist tausendmal wertvoller als Krankheiten heilen.“ Im § 18 des Invalidenversicherungsgesetzes ist den Landesversicherungsanstalten die Befugnis eingeräumt, ein Heilverfahren in dem ihnen geeignet erscheinenden Umfange einzutreten zu lassen. Aber wie oft machen die Landesversicherungsanstalten von ihren Befugnissen keinen Gebrauch! Während der Kostenaufwand für das vorbeugende Heilverfahren sich im Jahre 1902 auf 251.92 Mark und 1903 auf 263.83 Mark pro Person belief, sank die Ausgabe hierfür seitdem ständig. Sie betrug 1906 nur noch 249.10 Mark pro Person. Insgesamt wurden 1906 rund 16.6 Mill. Mark, 1907 dagegen nur noch rund 15.1 Mill. Mark für das Heilverfahren aufgewendet. Noch engherziger wie mit der Einleitung des Heilverfahrens sind die Landesversicherungsanstalten mit der Bewilligung von Renten. Ziel doch die Zahl der bewilligten Renten von 150 209 im Jahre 1903 auf 111 885 im Jahre 1906 herab!

Dabei ist nicht etwa Unzulänglichkeit der finanziellen Mittel die Ursache dieser Sparpolitik. Das zeigen die geradezu glänzenden Rechnungsergebnisse der Invalidenversicherung. Die Gesamteinnahme sämtlicher Träger der Invalidenversicherung betrug 1907 mehr als 226 Mill. Mark. Das Gesamtvermögen bezifferte sich 1900 auf 847 Mill. Mark, 1907 auf 1404 Mill. Mark. Der Ueberschuß des Jahres 1907 beziffert sich auf 85.5 Mill. Mark. Am Schlusse des Jahres 1908 werden etwa rund 1 1/2 Milliarden Mark an Vermögen angehäuft sein. Diese unsinnige Anhäufung von Millionen und Abermillionen aus den Beiträgen der Arbeiter, während die Invaliden Hunger leiden, das ist eines der traurigsten Kapitel unsrer Sozialreform.

Die bürokratische Verwaltung der Invalidenversicherung paßt so vorzüglich in den Rahmen unserer preußisch-deutschen Regierungsmaschinen, daß man es verstehen kann, wenn die Regierung nichts sehnlicher wünscht, als die gesamte Arbeiterversicherung in dieses Schema hineinzupressen. Mit abhängigen, bürokratisch gedrückten Beamten hofft sie besser auszukommen, als mit den rückgratfesten Vertretern der Versicherten.

Die Arbeiterklasse muß diesen nahe vor der Vollendung stehenden Bestrebungen der Regierenden in Deutschland die ganze Wucht ihrer Agitation, ihres politischen Einflusses entgegenbringen. Sie muß die verübte Mißwirtschaft der Arbeiterversicherung durch eine kraftvolle Agitation beantworten, die getragen wird von der Forderung einer wirksamen und volkstümlichen Fortentwicklung der Arbeiterversicherung.

## Wirtschaftliche Rundschau.

Dernburg und Steigen der Kolonialwerte. — Börse und Baugewerbe.

Je schlaffer der natürliche Lebenstrieb, desto eher greift man zu künstlichen Reizmitteln. Dies bewahrheitete sich, etwa seit Mitte Januar, an der Berliner Börse, die aus den Dernburgschen enthusiastischen Reden über deutsch-südwestafrikanische Diamantfunde und über sonstige, sehr zweifelhaft entwickelte Möglichkeiten mit einemmal den Anlaß zu einer geradezu unsinnigen Steigerung verschiedenster Kolonialwerte herleitete. Diese Gaussestimung übertrug sich alsdann auf die Aktien fast aller derjenigen Banken, die mit den deutschen Kolonien geschäftlich enger verbunden sind, und schließlich profitierten einheimische Terrainterte und eine ganze Reihe deutscher Industriebetriebe von der besseren Laune. Nur aus der Kohlen- und Eisenproduktion lauteten die letzten Nachrichten so wenig tröstlich, daß man hier auf die Kurstreiterei wohl oder übel verzichten mußte.

Daß der plötzliche Kolonialrausch überaus vergänglich und künstlich ist, vermuten selbst unparteiische Börsenblätter; sie deuten es bald offener, bald schüchtern an. Die Stimmungsmache ist jedoch gerade auf kolonialen Gebiet doppelt leicht. Einmal weil die Phantasie bei überfischen Unternehmungen nach allen Seiten freieres Spiel hat und weil Herr Dernburg, der Hauptgenährmann, selber über eine sehr bewegliche, leicht anregbare Phantasie zu verfügen scheint. Ferner aber, weil man bei Kolonialanteilen über eine Menge gutgläubiger und spielfähigster kleiner Mitläufer verfügen kann, die sonst, bei Aktien, nicht so leicht in Frage kommen. Die normale Aktie soll bekanntlich nach deutschem Aktienrecht nicht unter 1000 Mk. Nominalwert haben. Die Kolonialgesellschaften beruhen auf anderer rechtlicher Grundlage. Und wenn wir dadurch zwar noch nicht, wie in England, zu dem „Pfundshare“ (1 Pfund Sterling = 20 Mk.) gelangt sind, so lauten doch beispielsweise die kürzlich neu eingeführten Anteile auf der Otavi-Minen- und Eisenbahngesellschaft nur auf 100 Mk. Diese Otavigesellschaft, die 1900 mit einem Grundkapital von 1 Mill. Mk. gegründet wurde, um Kupfererzbergwerken in Deutsch-Südwestafrika auszubauen, die alsdann 1903 ihr Kapital auf 20 Mill. Mk. erhöhte und auch eine 580 Kilometer lange Bahn von Swatopmund an der Küste bis zur Kupfermine Tsumeb baute, brachte am 13. Januar ihre Aktien zum erstenmal mit 179 Proz. offiziell zur Notierung, was sicherlich bereits eine sehr optimistische Schätzung der Kupfergewinnaussichten verriet. In der letzten Woche gingen die Aktien sprunghaft bis 200 Proz. empor. Die Nachrichten über die Diamantfunde betrafen jedoch vorzugsweise das Tätigkeitsgebiet der Deutschen Kolonialgesellschaft für Südwestafrika. Deren Anteile bewertete man Ende November 1908, in kleinerem Kreise, mit 250 Proz. Binnen zwei Wochen nach den ersten Diamantfundgerüchten war das Papier um mehr als 100 Proz. gestiegen; am 8. Dezember zahlte man es mit 360. Im zweiten Drittel des Januar hatte man sich bis zu 500 Proz. verstiegen. Nehmlich die Shares (sprich: sjechs = Anteile) der South African Territories Company, die zwischen dem 10. Dezember und dem 23. Januar sich von 3 1/2 Shilling auf 7 1/4 Shilling hoben. Als man hörte, daß Bleichröder, die Diskontogesellschaft und die Deutsche Bank die Shares der South West Africa Company gleichfalls in Berlin und Hamburg börsenfähig zu machen suchten, kletterten auch diese Kurse recht ansehnlich in die Höhe. Ehe man Diamant-

ten überhaupt sicher hat, bildete sich unter Führung der Berliner Handelsbank bereits ein Syndikat, das die Produktionsregelung und die einheitliche Verwertung des Goldes bezweckt; später soll diese Gesellschaft mit beschränkter Haftung in eine Kolonialgesellschaft mit 2 Mill. Mk. Kapital umgewandelt werden. Wiederum die Verwaltung der Deutschen Kolonialgesellschaft für Südwestafrika beruft auf den 6. Februar eine außerordentliche Hauptversammlung nach Berlin ein, um das Kapital von 2 auf 4 Mill. Mk. zu vermehren. Die Börse und die Anlagelust hätte also Herr Dernburg zu beleben verstanden, in Augenblicke vielleicht mehr, als ihm selber, angesichts der Gefahren jedes starken Rückschlages, lieb sein kann. Ueber die wirkliche Produktionsergiebigkeit Südafrikas entscheiden freilich ganz andre, schwerer bewegliche Kräfte.

Auf soliden Grundlagen ruhen hoffentlich die Erwartungen für das Baugewerbe, die sich in einer beträchtlichen Kursbesserung der namhaftesten Berliner Terraingesellschaften ausdrücken. Zwar bleiben die Hypothekendarlehen, also die führenden und maßgebenden Geldquellen, noch immer im großen und ganzen bei ihren übernommenen Leihzinsfüßen, weil ihre verfügbaren Fonds noch immer aus den früheren, ungünstigen Pfandbriefverläufen stammen. Aber sie schwimmen, wie man behauptet, im Geld und verwerten ihre disponiblen Summen vorläufig in ganz ungewöhnlichem Maße in kurzfristigen Anlagen. Allzulange können diese Seitenwege nicht eingeschlagen werden, und das neuerliche Steigen der Pfandbriefkurse bei glattem Absatz bietet bereits einen gewissen Ersatz für die, aus der gelbten Vergangenheit übernommene höhere Verzinsung oder kurzfristige Unterbringung der Pfandbriefe. Bei den Gerichten ist eine Zunahme der Hypothekeneintragungen zu verzeichnen, während die Zwangsversteigerungen abnehmen. Trotzdem ist die Höherbewertung der Berliner Bau- und Terraintaktien seit dem Jahresbeginn so erheblich, daß wohl manches auf Rechnung der allgemeinen Animerungsversuche an der Börse zu setzen und vielleicht recht vergänglich Natur ist. Die Postische Zeitung bringt folgende kennzeichnende Zusammenstellung der Notierungen in Berlin:

	2. Jan.	23. Jan.	Differenz
Alt.-Ges. für Bauausführungen	Proj. 61,75	68,00	Plus 6,25
Pauland Sektstraße	105,50	116,00	10,50
Berlin-Nordost-Terrain-Ges.	242,50	248,50	6,00
Boden-Altien-Ges. Amtsgericht Panlow	127,00	135,60	8,60
Bodengef. Berlin-Nord	124,00	129,00	5,00
Bodengef. Kurfürstendamm	Mf. 2500,00	2675,00	175,00
Vorsigermalder Terraingel.	Proj. 117,50	123,50	6,00
Terraingel. Frankfurt Schauffee	123,50	137,00	13,50
Handelsgel. für Grundbesitz	187,50	197,10	9,60
Groß-Waldenfelder Bauverein	187,10	145,40	8,30
Neu-Westend	192,00	198,75	6,75
Neub.-Schönhausen	127,00	138,00	11,00
Nordpart Terraingel.	Mf. 3040,00	3050,00	10,00
Schöneberg-Friedenauer Terr.-Gesellschaft	Proj. 184,50	193,00	8,50
Terraingel. Schönhauser Allee	Mf. 542,00	570,00	28,00
Yellow-Kanal-Terrain-Ges.	Proj. 72,80	80,25	7,95
Terr.-Ges. Berlin-Südwest	135,25	143,80	8,55
Terr.-Ges. Park Willeben	Mf. 2675,00	2900,00	225,00
Union Baugesellschaft	Proj. 124,75	130,25	5,50
Terraingel. Weitzensee	Mf. 1380,00	1390,00	10,00
Westf. Boden-Alt.-Ges.	715,00	765,00	50,00
Terraingesellsch. Wilmersdorf-Rheingau	Proj. 113,25	120,00	6,75

Wenn die Bautätigkeit Groß-Berlins im beginnenden Frühjahr sich ebenso hebt, wie diese Kurse die Besserung schon vorwegnehmen, so würde der Arbeitsmarkt nach dieser Richtung von einem Alp befreit werden. Doch ist auch das vorläufig noch Zukunftsspekulation.

Berlin, 1. Februar 1909. Max Schippel.

## Eine willkommene Neuerung.

Das „Korrespondenzblatt der Gewerkschaften Deutschlands“ hat eine lobenswerte Neueinrichtung geschaffen. Allmonatlich wird das Blatt eine Literaturbeilage bringen; die wichtigsten Bücher, die auf das Gewerkschaftswesen, die Unternehmerorganisationen und die Sozialpolitik Bezug nehmen, sollen einer gründlichen Besprechung unterzogen werden. In der Literaturbeilage (siehe Nr. 4 des „Korrespondenzblattes“) wird zur Einführung in zutreffender Weise folgendes ausgeführt:

„Die gesteigerte Gewerkschaftsentwicklung hat aber auch das Bildungsbedürfnis der Arbeiter gewaltig gesteigert. Neue Entwicklungsmöglichkeiten lösen neue geistige Kräfte aus. Ein Hunger nach guten Büchern, die den Arbeiter unmittelbar in den großen Strom des geistigen Lebens einführen, macht sich geltend. Bildungskurse, Hochschulvorträge und Unterrichtskurse, die überwiegend aus Arbeiterkreisen besucht werden, werden ganz unentbehrlich das Verlangen nach guten Büchern. Bereits haben die Gewerkschaften wiederholt den Massenbezug von Werken vermittelte, um empfehlenswerte Bücher zu wohlfeileren Preisen größeren Leserkreisen zuzuführen; mehrfach haben sie sogar die Wiederauflage vergriffener Werke veranlaßt. Zeigt dies deutlich, wie unsre Bewegung inmitten des geistigen Schaffens und Lebens steht, so galt es zugleich, für die ständige Pflege dieses so wichtigen Literaturgebietes mehr Raum zu schaffen, es zu einer ständigen Aufgabe unsrer Bewegung zu erheben.

Dieser Aufgabe soll unsre Literaturbeilage widmen, welche fortan monatlich im Umfang bis zu 8 Seiten erscheint und dem „Korrespondenzblatt“ unentgeltlich beigegeben wird. Sie soll aber nicht allein eine vollständige Uebersicht der neuerscheinenden Literatur auf den die Gewerkschaften interessierenden Gebieten und eine häufigere Besprechung solcher Bücher ermöglichen, sondern sie soll in erster Linie die Gewerkschaftsliteratur pflegen und ihr die weiteste Verbreitung und Ausbreitung sichern. Sie soll aber auch den in der Gewerkschaftsorganisation praktisch tätigen Genossen ein zuverlässiger Führer durch alle die Gewerkschaftsinteressen berührenden Literaturgebiete sein. Deshalb legt sie großen Wert auf regelmäßige Führung durch die verschiedensten Spezialgebiete der Literatur, bei der die Leser mit den wichtigsten und brauchbarsten Schriften der betreffenden Fächer vertraut gemacht werden. Endlich darf auch die Organisation und Weiterentwicklung des gewerkschaftlichen Bibliothekwesens nicht vernachlässigt werden. Gerade unsre Gewerkschaftsbibliotheken sollen Spiegelbilder des geistigen Lebens und Wirkens der Arbeiterklasse sein. Nicht nur Archive erblicken wir in ihnen, die alles ansammeln, was in der Gewerkschaftsbewegung an Druckschriften produziert wird, nicht bloß Archive für unser geistiges Rüstzeug, sondern auch Sammelbecken, aus denen Tausende Erkenntnisse schöpfen können, und zugleich Musterstätten für die, die einen eignen Bücherbesitz daheim nicht entbehren wollen.

Um diese Aufgabe zu lösen, wird sich die literarische Beilage an die berufenen Kräfte um fortwährende Mitarbeit wenden. So hoffen wir, der Gewerkschaftsarbeit ein neues Feld zu erschließen, das die aufgewendeten Mühen reichlich lohnt.“

Die erste Literaturbeilage enthält Abhandlungen über: Die Geschichte der österreichischen Gewerkschaftsbewegung; Der neue Kulemann; Die gewerkschaftlichen Kalender für 1909; Die Literatur über Unternehmerverbände; Literatur über Gewerkschaften und Gewerkschaftsrecht und Arbeiterschutzliteratur. — Wir haben die Beilage mit großem Interesse gelesen und können nur betonen, daß die Rezensionen äußerst gründlich geschrieben sind.

## Warum gewinnen wir die Hilfsarbeiter nicht?

In der Nr. 43 (Jahrgang 1908) des „Steinarbeiter“ ist in einem Artikel der Redaktion behauptet worden, daß wir so wenig Erfolge in der Organisierung der Hilfsarbeiter aufzuweisen können. Prüft man aber die Berliner Verhältnisse, oder auch die der sämtlichen Großstädte, so findet man dafür eine selbstverständliche Erklärung.

Es ist ja auch leicht erklärlich, daß z. B. der Fabrikarbeiterverband mehr Erfolge aufzuweisen kann als der unsrige; denn erstens hat er bedeutend niedrigeren Beitrag, und zweitens besser ausgestaute Unterstützungseinrichtungen. Dann aber ein Argument, welches noch mehr zum Nachdenken Anlaß gibt: durch die maschinelle Einrichtung in der Marmorindustrie werden meist ungelernete Kräfte angezogen, die den Steinmetzen und den Schleifern vollständig ersetzen. Wollen wir nun in diesen Kreisen eine wirkungsvolle Agitation entfalten, so müssen unbedingt die Einrichtungen anderer Verbände nachgeahmt werden. Es muß offen eingestanden werden, daß wir in Berlin unter den Schleifern immer mehr an Mitgliedern verlieren; denn wenig Verdienst und viel Arbeitslosigkeit, und unser Verband gewährt keine Arbeitslosenunterstützung. Die Kollegen kommen mit andern Verbänden zusammen und da wird auch über diese Fragen gesprochen. Der Anstoß ist da, um uns bei der ersten Gelegenheit den Rücken zu kehren. Es ist ja auch erklärlich, daß der Steinmetz mit 45 Mk. Wochenlohn seine Arbeitslosigkeit eher ausmerzen kann als der Schleifer, der 30 Mk. hat.

Wenn sich die Zentrale zu der Einführung der Arbeitslosenunterstützung nicht bequemen will, dann müssen die Mitglieder dafür um so entschiedener eintreten. Ich habe die Meinung, daß bei uns dieser Unterstützungsweig auf der nächsten Generalversammlung sicherlich zur Annahme gelangt. Wenn wir die Hilfsarbeiter gewinnen wollen, dann muß der Verband mehr ausgebaut werden. Wird diese Unterstützung nicht eingeführt, dann werden in den Städten die Schleifer und Maschinenarbeiter aus unsern Reihen verschwinden. Durch Kartellherträge ist gar nichts zu machen, denn die in Frage kommenden Verbände stehen auch mit auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung. Wir müssen überhaupt zufrieden sein, daß der Organisationsgedanke in die Köpfe getragen wird.

Diese Zeilen mögen auch einen Anstoß geben, daß auf der nächsten Gaunkonferenz diese Frage erörtert wird. Hoffen wir, daß sie im Interesse unsres Verbandes gelöst wird.

Berlin. B.

## Erwiderung.

Auf den Artikel des Kollegen Rothe-Bunzlau muß ich, um Mißverständnissen vorzubeugen, mit einigen Worten darauf eingehen. — Gewiß habe ich das Wort „Suffköpfe“ gebraucht, es war aber nicht beleidigend gemeint, wie das aus dem Zusammenhang meines Artikels doch ohne weiteres hervorgeht. Es scheint aber auch in Kollegenkreisen einzureißen, daß man jedes Wort auf die Schwaige legen muß, wenn über einen so wichtigen Punkt, wie über den Alkoholisismus, eine Debatte entfacht wird. Also Kollege Rothe, nur gemacht, ich hatte die bona fides (gute Absicht) bei meinem Artikel im Auge. — Nun meint A., die Antialkoholisten würden sehr viel rauchen. Das möchte ich bestritten. Aber wenn dem so wäre, des halb — stürzen sie noch nicht in den Straßengraben, und wenn ein Betrunkener nach Hause kommt, wie er dann seine Familie behandelt, na, das ist hinreichend bekannt. — Mein Artikel war anscheinend nicht ausführlich genug, wenigstens meint das Kollege Rothe. Aber ich habe extra auf die Artikel im „Steinarbeiter“ Nr. 37, 38 und 39, Jahrgang 1908, exemplifiziert. Warum sollte ich längst Gesagtes wiederholen? — Es ist doch eine Tatsache, daß in den Kreisen der Steinarbeiter noch vielfach die Unsitte des Blaumachens besteht. Die vielen Versammlungsberichte, die darauf Bezug nehmen. Desgleichen die Gewerbeinspektionsberichte. Ich habe die Meinung, daß Kollege A. zur Sache selbst sehr wenig geschrieben hat, obwohl sein Artikel einen ziemlich umfang hatte. — Es ist doch nicht zu leugnen, daß bei den Verhandlungen mit den Meistern diese immer wieder auf die Trinkunsitten, die unter den Steinarbeitern herrschen, hinweisen, eine Portion Wahrheit enthält diese Anklage doch zweifellos. Wenn dort, wo Kollege Rothe gearbeitet hat, solche Trinkunsitten nicht mehr herrschen, gut, dann ist ohne weiteres anzunehmen, daß die Antialkoholbewegung schon erfreuliche Fortschritte aufzuweisen kann. Ich für meinen Teil werde in Zukunft alles aufbieten, um meinen Berufs Kollegen die Schädlichkeit des Alkohols vor Augen zu führen. Die Abstinenzbewegung wird Schritt für Schritt mehr an Boden gewinnen, zum Segen der deutschen Arbeiter.

Dortmund. Robert Fied.

## Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.

Das alte Mitgliedsbuch Nr. 42154, auf Johann Koppens Hörer lautend, ist in der Herberge in Lüneburg verloren gegangen. Sollte ein Kollege mit dem Buche auftreten, so ist es demselben abzunehmen und an den Zentralvorstand einzuliefern.

## Korrespondenzen

Aunkirchen. Am 17. Januar fand im Meierschen Gasthause unsre gut besuchte Generalversammlung statt. Kollege Wittenmeier hielt über: Die heutige Wirtschaftspolitik einen sehr lehrreichen Vortrag. Dann gab der Kassierer die Quartalsabrechnung bekannt und zugleich den Jahresbericht. Alles war in bester Ordnung. Bei der Wahl der Ortsverwaltung wurden gewählt: Michael Reuzinger als Vorsitzender, Joseph Schläpauer als Kassierer, Johann Seidl als Revisor, Joseph Weinzierl und Nepomuk Eder als Revisoren. Für Bruch Tafel wurde als Platzvertreter J. Nischenbrenner aufgestellt. Beim Punkt Verschiedenes wurden mehrere Angelegenheiten besprochen und 10 neue Mitglieder aufgenommen. Mit einem dreifachen Hoch auf den Deutschen Steinarbeiterverband wurde die Versammlung geschlossen.

Berlin I. In einer am 17. Januar stattgefundenen, mäßig besuchten Versammlung gelangten die neu ausgestellten Mitgliedsbücher zur Aushändigung. Da bis zurzeit erst wenig über die Hälfte der alten Bücher abgegeben wurden, werden die säumigen Kollegen gut tun, da es doch in ihrem eignen Interesse liegt, alles ins reine zu bringen. Die Abrechnung vom 3. Quartal balanciert mit einer Einnahme von 12 989,72 Mk. und einer Ausgabe von 4801,13 Mk., so daß ein Bestand von 8188,59 Mk. verbleibt. Einst wurde dem Kassierer Entlastung erteilt. Im Punkt Verschiedenes wurde das Verhalten eines Kollegen, welcher bei der Firma Jörissen, wo bisher nur im Tagelohn gearbeitet wurde, Arbeiten in Akord übernommen hatte, einer herben Kritik unterzogen. Mit Recht wurde ein derartiges Verhalten als verwerflich bezeichnet, um so mehr, da sich der betr. Kollege seit einer Reihe von Jahren organisatorisch betätigt hat. Auf Antrag wurde dem Betreffenden eine Rüge erteilt, nachdem er sich bereit erklärt, derartige Akordarbeiten zu unterlassen. Nachdem noch von Seiten des Abwesenden der Firma Schilling der schlechte Besuch der Bubenrechte gerügt, und die Kollegen zu einem größeren Interesse aufgefordert werden, wird die Versammlung geschlossen.

Beuga. Am 24. Januar fand unsre Jahresversammlung statt. Die Tagesordnung war: 1. Vorstandsbericht; 2. Neuwahlen; 3. Berufs- und Verbandsangelegenheiten. Die im Anschluß an den Vorstandsbericht stattfindende Diskussion hatte

zum Ergebnis, daß sich die Mitglieder mit der Handlungsweise der Verwaltung einverstanden erklärten und derselben einstimmig Entlastung erteilten. Zum 2. Punkt wurde Schlegel als Vorsitzender, Wolf als Schriftführer, Lindner als Kassierer wiedergewählt. Zu Revisoren wurden die Kollegen Gustav Langhammer, Emil Jahn und Paul Siebert gewählt. Da der Kollege Wunderlich auf eine Wiederwahl als „Steinarbeiter“-Vertreter verzichtet, wurde Kollege Paul Goldammer an dessen Stelle gewählt. Als Ortsstatistiker fungiert in diesem Jahre der Kollege August Bedal. Unter 3. Punkt wurden verschiedene Mißstände gerügt, besonders wurde hervorgehoben, daß sich der Unternehmer Freizer noch immer nicht herbeilassen will, die Bundesratsverordnung zu respektieren. Er beschäftigt gegenwärtig 17 Steinmehnen, die Arbeitsstube reicht aber bloß für 10 Mann. Nach Erledigung einiger Zahlstellenangelegenheiten fand die leider schwach besuchte Versammlung ihr Ende.

**Blantenburg am Harz.** Die Firma Gebrüder Schönfeld zahlt weit unter Tarif. Um dieses bemerkstelligen zu können, stellt sie mit Vorliebe Maurer ein, die anscheinend mit einem niedrigeren Verdienst einverstanden sind. Unsere Verbandsmitglieder frontieren gegen eine solche Maßnahme mit Recht. Die Gauleiter Viemig und Koch — letzterer vom Maurerverband — empfahlen den Steinmehnen und Mauern, die Kündigung einzurechnen. Diesem wurde stattgegeben. Die Kündigung läuft am 6. Februar ab. Die Firma Schönfeld bietet wahrscheinlich alles auf, um italienische Steinarbeiter anzuwerben. Doch wir haben auch da Sorge getragen, daß die Firma nicht überlaufen wird.

**Brudmühl.** Am 10. Januar fand im Gasthaus zum Neuwirt eine gutbesuchte Versammlung statt. Es wurde der Jahresbericht verlesen. Von den Revisoren wurde alles als richtig befunden. Die Kollegen Staudinger und Stöcker legten ihre Posten nieder. Bei der Abrechnung ergab sich das Resultat, die Gesamteinnahme ist 788.52 Mk., die Gesamtausgaben betragen 503.29 Mk. Durchgereicht waren 37 Kollegen, und es wurden dafür ein Platzgeschenk von 18.65 Mk. verausgabt. An Krankengelder wurden ebenfalls 12 Mk. an 2 Kollegen ausbezahlt. Auch wurden noch für einen schwer verunglückten Kollegen 5 Mk. bewilligt. Am Schluß wurde noch beantragt, am 6. Februar einen Steinarbeiterball abzuhalten. Es meldeten sich noch einige Kollegen über die Werkstatangelegenheit, worauf es zu einer scharfen Aussprache kam. Aber es wurde bald eine schöne Einigkeit erzielt, dann wurde die Versammlung geschlossen.

**Bühlertal.** Die Steinmehnen leben hier unter sehr traurigen Verhältnissen. Die Löhne sind schlecht und der Alkohol hat eine sehr starke Verbreitung. Manche kommen aus dem Kauz gar nicht mehr heraus. Als unsere Zahlstelle noch stärker war, da waren solche Praktiken ziemlich ausgemerzt. Mitgeteilt sei, daß die meisten Kollegen in den Baracken schlafen müssen, die Wohnungsverhältnisse sind also miserable zu nennen. Dem Teufel Alkoholismus frönen die Ledigen sowie die Verheirateten. Sie denken alle, morgen gibt es nichts mehr zu trinken, deshalb muß dem Schnaps noch heute mächtig zugesetzt werden. Wo solche Zustände herrschen, hat der Steinbruchbesitzer natürlich mit der schlechten Entlohnung leichtes Spiel. Hoffentlich kann der Verband rettend eingreifen.

**Gunewalde.** Unsere Generalversammlung fand am 23. Jan. in Wächters Gasthaus statt. Der Vorsitzende gab die Abrechnung vom 4. Quartal bekannt. Die Einnahme betrug 1117.59 Mark, die Ausgabe 981.34 Mk., bleibt ein Kassenbestand von 136.25 Mk. Die Mitgliederzahl betrug am Jahreschluß 24. Auf Antrag des Vorsitzenden wurden 5 Mk. zu einem Vortrag bewilligt. Hiernach wurde dem Vorsitzenden für seine treue Tätigkeit, gute, gewissenhafte Führung der Kasse und Bücher, welche stets in bester, tadelloser Ordnung vorgefunden waren, der herzlichste Dank ausgesprochen. Als Vorsitzender wurde er einstimmig wiedergewählt. Unter anderem wurde die Firma Robert Berndt-Söhne, welche tüchtige Steinmehnen in hiesigen Zeitungen sucht, scharf unter die Lupe genommen; denn dort herrschen große Mißstände. Der Unterlunftsraum ist viel zu klein. Man fühlt sich ja gar nicht als Mensch, wenn man während den Pausen dort sein bißchen Brot verzehrt. Welcher Sektion der Betrieb angehört, hängt auch nicht aus. (Der Betrieb gehört zur Sektion VII. Adresse: An die Sektion VII der Steinbruchsberufsgenossenschaft zu Dresden. Redaktion.) Wir möchten aber den noch fernstehenden Kollegen zurufen, hinein in die Organisation, nur durch Einigkeit kommen wir zum Ziel. Damit schloß die Versammlung.

**Hemsbach.** Der Unternehmer Rühl kündigte unserem Vorsitzenden am 25. Januar, weil er sich erlaube, im Steinarbeiter die Lage der Granitarbeiter in den Buchtgebieten zu schildern. Herr Rühl glaubt, weil Weidenhammer in seinem Betrieb arbeite, so muß sich diese Schilderung auf ihn beziehen. Dies kann natürlich nur deshalb der Fall sein, indem dieser Herr kein ganz reines Gewissen hat, denn schon in diesem Jahre ereigneten sich in seinem Betriebe Niedenliebersbach vier recht bedenkliche Unfälle. Würde er aber den Artikel von Anfang an richtig verfolgen, so müßte er zu einer ganz andern Ueberzeugung gelangen, denn er darf doch nicht glauben, daß unser Kollege Weidenhammer seinen Namen unterzeichnet hätte, wenn sich dies alles auf diesen Betrieb beziehen sollte. Für Herrn Rühl würde es auch besser aussehen, wenn er etwas anständiger mit seinen Arbeitern reden könnte; denn als die dort beschäftigten Kollegen für ihren Vertrauensmann eintraten, da spielte dieser Herr wieder den wilden Mann. Wutschnaubend erklärte er, diesem ist gefündigt und es bleibt ihm gefündigt. Ferner riß er den Mund noch gewaltig über unsre Verbandsverwaltung auf und schrie, es kommt auf 2000 Mk. auch nicht mehr an, diese können sie Weidenhammer geben, denn er verstände es doch gut, zu agitieren. Gegen diese unflätigen Redensarten wandte sich nun Weidenhammer und erklärte ihm, daß dies keine Ausdrücke sind, und er hätte noch zwei gesunde Sätze, mit diesen könne er sich noch überall sein Brot verdienen. Wir möchten aber daraufhin bei Herrn Rühl doch einmal anfragen, ob er vielleicht einen geringeren Gehalt, als er Direktor bei der Firma Leonhold Rühl u. Co. war, bezogen hat, als unsere Verbandsangestellten. Soviel uns bekannt ist, hat er dort um eine Portion mehr bezogen, als dies bei unsern Beamten der Fall ist, auch seine Diäten waren sehr ansehnliche. Auch über unser Fachblatt, den „Steinarbeiter“, hat er eine Beleidigung ausgesprochen, er nannte ihn ein „Kruzifischblatt“. Wir können uns ja leicht denken, warum er eine solche Wut auf den „Steinarbeiter“ hat. Dort werden hier und da einmal seine Sünden aufgedeckt, und dies gefällt ihm wahrscheinlich nicht. Herr Rühl darf nicht glauben, daß er unsern Vorsitzenden durch seine Kündigung den Mund verstopft hat. Wir werden in nächster Zeit noch etwas eingehender auf die der Firma Rühl gehörigen Betriebe zu sprechen kommen, denn dort sind noch ganz gewaltige Mißstände vorhanden. Wenn Herr Rühl glaubt, mit seinem forschen Auftreten den Steinarbeitern imponieren zu können, so irrt er sich gewaltig. Wir schreiben 1909 und die Leute, die um das Jahr 1895 noch unorganisiert waren, lassen sich heute von Herrn Rühl nicht mehr ins Wackelhorn jagen. Auch Schwärze kann sich R. nicht mehr verschaffen. Wir sehen ja, wie die Firma „Deutsche Steinindustrie“ im nahen Reichenbach mit ihrer Arbeitswilligenanwerbung hereingefallen ist. Und wenn Herr Rühl denkt, seine bayerischen Landsleute scharrenweise nach dem Obenwalde zitieren zu können, so ist auch diese Rechnung falsch.

**Hemsbach.** Am 24. Januar fand in Hemsbach unsere Generalversammlung statt. Im 1. Punkt wurde ein Kollege aufgenommen. Zum 2. Punkt verlas der Vorsitzende die Quartals- und Jahresabrechnung. Hierauf erstattete der Revisor Ertl Bericht, daß alles in bester Ordnung sei. Es wurde nun zum

3. Punkt: Vorstandswahl, geschritten. Gewählt wurde als erster Vorsitzender und Kassierer Kollege Friedrich Weidenhammer, als zweiter Vorsitzender Joseph Kain, als Schriftführer und Statistiker Wolfgang Thier. Als Revisoren wurden die Kollegen Ertl und Leonhardt Jolban gewählt. Ferner wurden noch zur Erleichterung des Kassierers die Kollegen Kaber Kain und Battisti Peiro und Leonhardt Jolban als Unterkassierer gewählt. Bei Punkt Verschiedenes entspann sich eine lebhafteste Debatte. In erster Linie wurden die Verhältnisse auf dem Platz Liebersbach, Firma Rühl, zur Sprache gebracht. Dort sind noch Kollegen vorhanden, die sich nicht in die Ordnung bringen wollen. Es ist nicht gut, wenn die Kollegen untereinander selbst Krieg führen, dadurch hat der Unternehmer leichtes Spiel. Auch die Pflastersteinarbeiter kamen in Frage. Es wurde darüber debattiert, daß die Kollegen immer auf den Plätzen und in den Werkstätten rumschreien, daß hier bis jetzt noch nichts geleistet wurde, aber daß sie sich an den Versammlungen beteiligen, wo der richtige Platz wäre, um ihre Verhältnisse zu schildern und besser zusammenzufassen, das halten sie nicht für nötig. Bergbauer und Weidenhammer erklärten, daß bei dem letzten Tarifabschluß auch für die Pflastersteinarbeiter ein Tarif eingereicht werden sollte, aber gerade in Hemsbach waren es die Pflastersteinarbeiter, die sich gegen einen Tarif wehrten. Sie können uns jetzt daher keine Schuld geben, wenn sie gegenwärtig unter dem Druck des Unternehmertums stark zu leiden haben.

**Kappelsdorf.** Am 17. Januar tagte im Gasthaus zum Neustock unsere diesjährige Generalversammlung, welche nur mittelmäßig besucht war. Die Vorstandswahl ergab folgendes Bild: Zum 1. Vorsitzenden wurde Kollege Joh. Weindl, zum 2. Vorsitzenden Kollege Mario und zum Kassierer Kollege Steiger wiedergewählt. Neugewählt wurden als Schriftführer und Statistiker der Kollege Joseph Schreiner und als Revisoren die Kollegen Ludwig Brandl und Karl Beralto. Im Punkt Verschiedenes wurde eine für die hiesige Zahlstelle sehr vorteilhafte Einrichtung, nämlich die Erhebung des Lokalbeitrags von monatlich 10 Pfg., aufgehoben. Durch die große Ausdehnung unserer Zahlstelle ist es aber nicht möglich, die Beiträge richtig einzuziehen; auch der schlechte Wille mancher Kollegen ist daran schuld. Einen Zwang kann die Zahlstelle nicht ausüben, und so der gefasste Beschluß. Der Vorsitzende wurde beauftragt, wieder einmal eine Anzeige an die Gewerbeinspektion zu machen, denn für etliche hiesige Unternehmer ist es Zeit, daß ihnen in Erinnerung gebracht wird, daß auch eine Bundesratsverordnung für Steinbrüche und Steinhauerereien besteht. Zum Schluß erwähnte der Vorsitzende die Kollegen, fleißig mit zu agitieren, denn für den hiesigen Distrikt ist die Bruch- und Werkstatt-agitation mit mehr Erfolg zu betreiben als bei Versammlungen.

**Kappelsdorf.** Die italienischen Kollegen hielten am 10. Januar im Gasthaus zur Blume eine gut besuchte Versammlung ab. Es wurde scharf gerügt, daß vor etlichen Wochen über eine Firma in Furzichenbach die Sperre verhängt wurde. Die Meldung der deutschen Kollegen war berechtigt. Es mußten doch zunächst die Beschäftigten gefragt werden, ob sie mit der Sperre einverstanden waren. In der weiteren Debatte kamen Tarifangelegenheiten zur Sprache. Es haben sich größere Mängel herausgestellt, die beim nächsten Tarifabschluß bejeitigt werden müssen. Allerdings ist es notwendig, daß wir unsere Wünsche schon jetzt zusammenstellen, damit bei der Tarifverhandlung selbst die Meister mit ihrer Uebertrumpfungstaktik nicht ankommen können.

**Königsstutter.** Am 16. Januar fand in unserm Vereinslokal eine gutbesuchte Generalversammlung statt. Nachdem vom Vorsitzenden, Kollegen H. Hennig, der Geschäftsbericht vom Jahre 1908 mitgeteilt war, wurde zur Kassenabrechnung vom 4. Quartal geschritten. Dem Kassierer wurde Entlastung erteilt. Sodann wurde Hermann Boffe als Hilfskassierer einstimmig gewählt. Einem schon seit längerer Zeit kranken Kollegen wurde aus der Lokalkasse eine Unterstützung gewährt. Auch wurde von mehreren Kollegen der Wunsch geäußert, die Kontrolle der Wage scharf im Auge zu behalten. Ferner wurde gewünscht, daß das Uebertreten der Mitglieder zu andern Verbänden unterbleiben möge. Auch wurde angeregt, ein Winterbergnügen abzuhalten. Der gestellte Antrag fand aber keine Annahme.

**Mittelsoda.** Unsere Mitgliederversammlung, die am 17. Januar im Restaurant Rosengarten tagte, war nur mäßig besucht. Vor Eintritt in die Tagesordnung bemerkte unser Vorsitzender Lippmann, daß er allen Ansprüchen gerecht werden wolle, aber er hoffe, daß ihm die Kollegen das größte Vertrauen entgegenbringen möchten. Die Tagesordnung war eine sehr reichhaltige. Es fand der neue Tarif zur Beratung, den die Lohnkommission ausgearbeitet hatte. Gauleiter J. Jahn-Dresden war mit anwesend. Den Kassenbericht vom 4. Quartal und die Jahresabrechnung von 1908 erstattete der Kollege Schläger und wurde denselben auf Antrag der Revisoren Decharge erteilt. Unsere Tarifvorlage wurde in all ihren Teilen durchberaten. Sie fand allseitige Anerkennung und wurde fast einstimmig angenommen. Den Kartellbericht erstattete Kollege Jenjäh. Der Vorsitzende brückte den Wunsch aus, daß wir einen gebundenen Jahrgang des „Steinarbeiters“ anschaffen möchten, was auch beschlossene wurde. Dann fanden noch einige Angelegenheiten ihre Erledigung und hierauf erfolgte Schluß der imposanten und gut besuchten Versammlung.

**Neuforg.** Am 10. Januar fand hier unsere Generalversammlung statt, die ziemlich gut besucht war. Dem Vorstandsbericht ist zu entnehmen, daß im verflohenen Jahre 12 Versammlungen tagten, dabei 3 mit Vorträgen. Ausschüßigungen fanden 6 statt, Postsendungen gingen ein 67, abgehandelt wurden 102 Briefe und Karten. Die Lohnkommission mußte 20 mal vorstellig werden, um den Tarif aufrechtzuerhalten; gewiß ein Zeichen, daß auch hier die Unternehmer wie überall bemüht sind, die abgeschlossenen Verträge wieder illusorisch zu machen. Der Kassenbericht für das 4. Quartal 1908 ergab eine Einnahme von 561.88 Mk., eine Ausgabe von 365.70 Mk.; bleibt ein Bestand von 196.13 Mk. Dem Kassierer wurde einstimmig Decharge erteilt. Die Neuwahl ergab, daß Vorsitzender Eiber und Kassierer Kolbe wiedergewählt wurden. Als Revisoren funktionieren die Kollegen Joh. Würfl und Georg Söllner; als Revisoren die Kollegen Schmak und Bachmann. Im Punkt Verschiedenes verwies der Vorsitzende darauf hin, daß wir eine Mitgliederzunahme von 29 Kollegen zu verzeichnen haben, so daß am Jahreschluß 59 Kollegen dem Verbands angehören.

**Ober-Weilau.** Unsere Mitgliederversammlung tagte am 10. Januar bei Karfunte. Kollege Glabel gab die Jahresabrechnung. Es konnte ein Kassenbestand von 405.67 Mark vorgetragen werden. Die Zahlstelle hat im Jahre 1908 immerhin schöne Fortschritte gemacht. Dann nahm Kollege Müller-Striegau das Wort über das Thema: Rück- und Ausblick im Berufsleben. Diese vortrefflichen Ausführungen wurden mit lebhaftem Beifall aufgenommen. Die Neuwahl ergab folgendes Bild: Banzel, Vorsitzender; Glabel, Kassierer; Suchner, Schriftführer. Unter Verschiedenem meldeten sich mehrere Kollegen zum Wort, welche dahingehend ihre Meinung äußerten, daß jetzt die Arbeitslosigkeit eine zu große sei, und daß man mit der Einführung der Arbeitslosenunterstützung Ernst machen solle. Zum Schluß hielt Kollege Müller noch eine feurige Ansprache.

**Rödnitz bei Burgau.** In dem der Firma Worch gehörigen Steinbruch in Rödnitz legten am 19. Januar 45 unorganisierte Steinarbeiter die Arbeit nieder, sie nahmen aber im Laufe des folgenden Tages dieselbe wieder auf. Drei „Geher“ wurden allerdings nicht mehr eingestellt. Der Grund zum Streik war: die Kleinpflasterer wollten nicht in den Bruch gehen, wo

sie sich die zu bearbeitenden Steine selbst schlagen mußten, sondern sie wollten, wie es bisher gewesen war, die Steine von den Brechern geschlagen und bis an ihre Arbeitsstelle geliefert haben. Durch das Hin- und Herlaufen geht ihnen viel Zeit verloren; außerdem sind sie im Bruch der Unfallgefahr durch Verletzung von abspringenden Steinen, wenn sie die Brecher vom Felsen losbrechen, sehr ausgesetzt. Auch an Abzügen hat es die Firma nicht fehlen lassen; so hat man von den so wie so niedrigen Affordlöhnen auf den Kubikmeter 25 Pfg. abgezogen. Schlechter Geschäftsgang herrscht hier nicht im geringsten. Auch die vergangenen Jahre waren für die Unternehmer sehr gewinnbringend; sie haben ihr Schäfchen ins Trockne gebracht. Konnten doch die Aktionäre der Aktiengesellschaft regelmäßig 7½ und 8 Prozent Dividende einstreichen. Auch das bergangene Geschäftsjahr hat wieder 8 Prozent abgeworfen. Hier trifft das Wort des Direktors Luzny zu, welcher bei einem vor mehreren Jahren stattgefundenen Vergnügen in seiner Festrede sagte: „In einem gesunden Leib gehört ein guter Magen.“ Man hat es während der guten Geschäftsjahre nicht für nötig gehalten, den Arbeitern auf den Meter auch nur 5 Pfg. mehr zu zahlen. Im Gegenteil, man benutzte jede Gelegenheit, um die Affordhöhe immer mehr und mehr herunterzudrücken. Es ist vornehmlich die Firma Worch, welche versucht, die ohnehin niedrigen Löhne noch mehr zu reduzieren. In dem dieser Firma gehörigen Steinbruch am Steinberg in Rödnitz versuchte die Betriebsleitung, den Meter Kleinpflaster gleich um 50 Pfg. billiger herzustellen zu bekommen, indem man einfach 50 Pfg. abzog. Dies war manchem Kollegen doch zu toll, zumal nach das Steinmaterial immer sehr knapp und von schlechter Beschaffenheit ist. Es lehrten mehrere dort Beschäftigte diesem Eldorado den Rücken und suchten sich anderwärts lohnendere Beschäftigung. Die Betriebsleitung fürchtete jedenfalls, daß noch mehr Arbeiter abziehen würden, und man legte die abgezogenen 50 Pfg. flugs wieder zu. Was man nicht auf diesem Wege erreichen konnte, versuchte man auf andre Art zu erlangen. Im Frühjahr vorigen Jahres wollte man den Brechern an Stelle des Stundenlohnes ein Affordsystem aufzwingen. Die Kollegen lehnten dieses entschieden ab. Wegen dem in jüngster Zeit im hiesigen Bezirk vorgekommenen Zwischenfall haben leider mehrere Steinarbeiter dem Verbands den Rücken gekehrt, und diese Uneinigkeit der Arbeiter benutzte der Unternehmer, um für sich wieder einen Vorteil zu schaffen. Auch der Arbeiter meint, durch Affordarbeit sich einen Mehrerwerb zu verschaffen, überlegt aber nicht, daß er sich die im Afford mehr verdienten Groschen geradezu ersaufen muß, und dadurch seine Kräfte frühzeitig verbraucht. Wird wirklich einmal etwas verdient, so kommt der Unternehmer und zieht wieder ab, und so geht es immer weiter, die Kräfte werden immer wieder aufs äußerste angespannt und die Arbeiter haben nur den Schaden, sie ruinieren dabei ihre Gesundheit. Dies beweist das Sprenglöcherbohren bei der Firma Worch. Anfangs wurden für den Meter 5.50 Mark und für Geher 6 Mark gezahlt, heute hat man diese Affordhöhe nach und nach bis auf 3.75 Mark heruntergebrückt. Mit Hämmern von 15 bis 18 Pfund Gewicht müssen die Bohrer von früh bis abends mit größter Anstrengung schuften, um ihren Lohn zu verdienen. Herrn Friedrich Worch würde es bei seinem Körperbau übrigens sehr gut tun, diese Prozedur wenigstens einmal vier Wochen lang mit durchzumachen, vielleicht berginge ihm dann das jedenfalls ihm Vergnügen bereitzende Reduzieren der Arbeitslöhne.

**Rohbach.** Am 17. Januar fand im Eichingerischen Gasthaus unsere Jahresversammlung statt, welche zahlreich besucht war. Der Kassierer gab die Jahresabrechnung bekannt. Hierauf wurde zur Wahl der Vorstandsmitglieder übergegangen und es wurden mit großer Stimmenmehrheit die bisherigen wiedergewählt: Max Bosl als Vorsitzender, Leonhard Urmann als Kassierer, Gg. Wiesinger zum Schriftführer. Hierauf nahm der Vorsitzende das Wort und schilderte in lebhafter Weise die kritische Lage der Steinarbeiter bei der Firma Karl Schwingler. Hierzu sei erwähnt, daß die Firma Karl Schwingler voriges Jahr einen Tarif mit uns abschloß, der auch die Bedingung enthielt, daß den Meßern (Brechern) bei schlechtem Material ein Stundenlohn von 45 Pfg. pro Stunde gewährt wird. Herr Schwingler hat nun jetzt den Tarif umgangen, er verlangt extra saubere Arbeit, auch will er bei ganz schlechtem Material von einer Zulage gar nichts mehr wissen. Wir erwarten, daß Herr Schwingler seine Abmachungen innehält. Tarife werden auch im finsternen bairischen Wald abgeschlossen, damit sie während der Vertragszeit eingehalten werden. Öffentlich kommt auf dem Bezirksamt eine Einigung zustande.

## Rundschau.

### An unsere Leser.

In der Tagespresse wird sehr häufig auf die Steinindustrie Bezug genommen. Wir ersuchen deshalb unsere Kollegen allerorts, uns dann die dementsprechenden Zeitungsnummern sofort mittels Druckzettel zu übersenden. Wenn dann wirklich eine Notiz im Verbandsorgan zur Umarbeitung nicht Verwendung finden kann, so braucht deshalb der Absender noch lange nicht den Gefränkten zu spielen. Wenn in der Tagespresse zum Beispiel berichtet wird, in K. hat der Steinmeister 9 Pleite gemacht; im Orte M. wurde ein großer Steinbruch eröffnet; das Bauamt Hamburg hat große Pflastersteinlieferungen ausgeschrieben, im Fichtelgebirge sind Arbeiter entlassen worden; im Obenwald stehen die Steinarbeiter im Streik und die Unternehmer haben mit Leichtigkeit (!) Klausurkäufer angeworben usw., dann müssen unsere Kollegen die Zeitungen der Redaktion sofort übersenden.

**Vom Wirtschaftsmarkt in der Stein-Industrie** liegen interessante Ziffern vor. Wir benützen die reichsamlichen Zahlen über Ein- und Ausfuhr in der Steinindustrie, und da ergibt sich für die Monate Januar-Dezember 1908 folgendes Ergebnis:

	1908	1907
<b>Felspat:</b>		<b>Doppelentner</b>
Einfuhr . . .	890 194	438 182
Ausfuhr . . .	86 449	88 008
<b>Schiefer:</b>		
Einfuhr . . .	395 238	379 445
Ausfuhr . . .	25 045	22 825
<b>Marmor:</b>		
Einfuhr . . .	475 728	510 464
Ausfuhr . . .	12 746	11 105
<b>Kohlblöde aus Granit:</b>		
Einfuhr . . .	1 461 158	1 364 229
Ausfuhr . . .	3 893 728	3 305 177
<b>Kohlblöde aus Sandstein und anderen nicht harten Gesteinen:</b>		
Einfuhr . . .	308 879	402 818
Ausfuhr . . .	431 161	425 618
<b>Findlinge, Schotter u.w.:</b>		
Einfuhr . . .	1 531 255	1 725 686
Ausfuhr . . .	1 397 064	1 377 698

Es fällt uns besonders auf, daß die Hartsteinindustrie im Jahre 1908 den Export gegenüber 1907 ganz erheblich gesteigert hat. Wenn Frankreich, Belgien und Holland hohe Einfuhrzölle für deutsches Naturgestein hätten, dann würde es jetzt mit der Arbeitslosigkeit unserer Kollegen noch schlechter bestellt sein.

Einzelne Granitindustrielle sind jetzt, nachdem im Inland die Wirtschaftslage gedrückt ist, energig bemüht, den Export, hauptsächlich nach Frankreich, zu heben. Diese Zahlen lassen weiter den Schluß zu, daß die Granitarbeiter von der Krise nicht so ungünstig beeinflusst wurden, wie die Sandsteinarbeiter. Allerdings sei ergänzend bemerkt, daß in einigen Granitbezirken wegen mangelnder Aufträge größere Arbeiterentlassungen vorgenommen wurden.

Die Schieferindustrie war 1908 gut beschäftigt. Wenn die einzelnen Betriebe die Ausbeute mehr mit moderneren Hilfsmitteln vorgenommen hätten, dann könnte die ausländische Einfuhr auf ein Geringeres herabgedrückt werden.

Die Vermunft ist wieder eingeschleht. Einige Kollegen in Kirchenlamitz haben mit Erfolg die Auflösung der Zahlstelle hintertrieben, wie uns schon gemeldet wurde. Die Notiz in der letzten Nummer, mit der Ueberschrift "Eine nette Kollegenchaft", hat somit ihren Zweck vollständig erfüllt. Wir begrüßen die Einsicht der Kollegen in Kirchenlamitz aufs freudigste.

**Auffschließerei.** Die christliche "Keram- und Steinarbeiterzeitung", welche in Köln erscheint, sucht die Versammlung in Osbergshausen, in welcher unser Herr Herrmann ein vorzügliches Referat hielt, für ihre Zwecke auszunutzen. Aber mit den ruhmvollen Worten, welche genannte Zeitung aufwendet, wird kein einziges Mitglied für die christliche Organisation gewonnen. Unser Redner fand mit seinen Ausführungen lebhaftige Zustimmung, das paßt natürlich den Gegnern nicht, denn sie sehen nun selber ein, daß ihnen die Felle fortgeschwommen sind. Die Christlichen denken, wenn sie mit dem sozialistischen Bauwesen kommen, dann hätten sie schon gewonnen. Diese Reichsverbandsträgen glaubt selbst kein Steinbrucharbeiter mehr. Eine Stelle aus dem sonderbaren Ragout des gegnerischen Organs sei als Kuriosum wiedergegeben. Es heißt:

Wer darum seine wirtschaftliche Lage bessern und in der Gewerkschaft praktisch Segenwartsarbeit leisten will, wer dabei seine religiösen Gefühle nicht verhehnen lassen und sich zum Handlanger der Revolutionspartei hergeben will, hat seinen Platz nur im christlichen Keram- und Steinarbeiterverband.

An Phrasologie fehlt es den christlichen Brüdern wirklich nicht. Wenn die Steinarbeiter in jenem Lager ihre Meinung suchen müßten, dann würde es um ihre Interessenvertretung tieftraurig bestellt sein.

Anschließend hieran sei noch bemerkt, daß das "Wipperfürther Volksblatt" über die besprochene Versammlung einen tendenziösen Bericht brachte. Kollege Herrmann hat darauf in demselben Blatte nun folgende Berichtigung abdrucken lassen:

"In Nr. 6 (Donnerstag, 14. Jan.) des 'Wipperfürther Volksblattes' findet sich ein Bericht über eine Steinarbeiterversammlung zu Osbergshausen. Da der Bericht Unrichtigkeiten enthält soweit meine Person als Referent in Frage kommt, möchte ich Sie ersuchen, nachfolgende Berichtigung in Ihrem Blatte zu bringen. 1. Von meiner Seite ist der Ausdruck 'Schwarzrotte' nicht gebraucht worden. 2. Niemand habe ich gesagt: 'Das bishigen Verächtlichmachung der Religion müßte ein Arbeiter betragen können'. 3. Die Aeußerung über Christus stammt nicht von mir, das hat der christliche Agitator Herr Haas in der Versammlung ausdrücklich erklärt, ich habe lediglich in der Diskussion mitgeteilt, was Herr Ruhn wirklich damit in der Versammlung zu Videnbach gesagt hat. Weber Herr Ruhn noch ich haben die Aeußerung getan, jetzt würden die Geistlichen es genau so mit Christus machen. 4. In der Diskussion hatte Herr Haas das Thema Kaiser-Interview angeschnitten, ebenso über die Diplomatie, folglich mußte ich antworten."

Die Lügen hatten hier somit kurze Beine. Es ist dem Blatte diese Berichtigung sicherlich sehr unangenehm gewesen.

**Im alten Geleise.** Wie die "Arbeitgeberzeitung" unterm 31. Januar mitteilt, ist das soziale Empfinden einzelner Unternehmerorganisationen soweit erwacht, daß gegen den unschuldigen Arbeitskammergesandten des pflaumenweichen Staatssekretärs Herrn v. Bethmann-Hollweg verstärkte Proteste eingelegt wurden. Es müßten in Deutschland Zeichen und Wunder geschehen, wenn die Arbeitgeber anders beschließen wollten. Öffentlich tuten auch die Steinindustriellen in das selbe Horn.

**Bestreuerwerbung.** Der Granitwerksbesitzer Bruchner in Wunfels erbaut um den Preis von 88 510 Mark das Basaltwerk Lang in Solenbrunn. Die Geschäfte des Herrn Bruchner müßten in den letzten Jahre gute gewesen sein, wenn er sich eine solche Expansion gestatten konnte.

**Netze Diffusionen.** Das Stadtbauamt Mey (Vothr.) schrieb 70 000 Stück Rinnen-Pflastersteine zur Lieferung aus. Einige Offerten aus der Submission seien besonders hervorgehoben. Es forderten:

Spindler u. Söhne, Königshütte	6 490 Mk.
Josue Loeb, Mayen	7 476 "
Pfeffer, Kirn	10 850 "
Westermarckbrüche, Köln	13 230 "

Wer vorstehende Resultate liest, muß doch unwillkürlich sagen, daß von einer genauen Kalkulation nicht geredet werden kann.

Die Bildungsarbeit in den Gewerkschaften ist eine Aufgabe, die in ihrer Bedeutung mehr und mehr erkannt wird und demgemäß eine höhere Pflege findet. Was die einzelnen Organisation in dieser Beziehung leisten, kann selbstverständlich nicht immer in Mark und Pfennig ausgedrückt werden, es kommt in der Weise aber wenigstens zur Kenntnis durch den in jedem Sommer von der Generalkommission erstatteten Jahresbericht über die Tätigkeit der freien deutschen Gewerkschaften. Die Bildungsaufgaben finden nebenher aber auch durch die Gewerkschaftskarteile eine nicht zu unterschätzende Pflege. Und speziell in den Orten mittleren und kleineren Umfangs ist es oft nur bei dem gemeinsamen Zusammenwirken der den Kartellen angegeschlossenen Verbandstilialen möglich, dieser wichtigen Aufgabe gerecht zu werden. Im Jahre 1906 besaßen von den 285 Kartellen der mittleren Orde 178 eine Zentralbücherei zur Benutzung durch die Mitglieder sämtlicher am Platze befindlichen Gewerkschaften. In manchen Orten ist der Leserkreis noch mehr erweitert worden. In den mittleren Orten bestanden damals sogar 27 Kartelle, die ein gemeinsames Lesezimmer unterhielten. In den 190 kleineren Kartellen bestanden 97 gemeinsame Büchereien, aus leicht erklärlichen Gründen jedoch so gut wie kein Lesezimmer. Für 1907 zeigen die Berichtszahlen eine sehr erfreuliche Steigerung. In den mittleren Orten sind es 230 von 313, die eine Zentralbücherei besitzen. Davon sind es 40, die auch ein Lesezimmer haben. Von den 194 kleineren Kartellen besaßen 118 ihre gemeinsame Bibliothek. In den großen Städten hat unverändert die Hälfte der Gewerkschaftskarteile Zentralbüchereien und etwa 20 Prozent eigene Lesezimmer. Die Gesamtzahl der zentralisierten Büchereien stieg in den beiden Jahren von 300 auf 374, die Zahl der Lesezimmer von 47 auf 56. Die pekuniären Ausgaben für diese Einrichtungen betrugen in sämtlichen Kartellen 1906 157 000 Mark, 1907 liegen sie auf 218 000 Mark.

**Zum Kapitel Terrorismus.** Weil der Lagerhalter des von Liberalen registrierten Konsumvereins in Kulmbach als sozialdemokratischer Gemeinderatskandidat auftrat, wurde von ihm verlangt, entweder als Kandidat zurückzutreten, oder er werde seine Stelle entzogen. Der Lagerhalter ließ es auf eine liberale Probe ankommen. Er wurde gewählt. Der "liberale Arbeiterverein" richtete nun an die Generalversammlung des Konsum-

vereins ein Schreiben, sie möge die Politik des Buchhalters "verurteilen". Da ein formeller Antrag nicht vorlag, konnte nicht "verurteilt" werden.

**Gewerkschaftstongresse 1909.** Soweit bekannt, finden im ersten Halbjahr 1909 folgende Verbandstage, Kongresse und Konferenzen von Arbeiterverbänden statt:

Maler, Lackierer ufm.	1.-6. März	Köln
Glaser	11. April	Mürnberg
Konbitoren u. Zuckerbäckerkongress	12. April	Hamburg
Stoffateure	12. April	Kassel
Bauhilfsarbeiter	12. April	Köln
Sattler	12. April	Köln
Hotelbiener	13. April	München
Zimmerer	19.-24. April	Stuttgart
Lagerhalter	9. Mai	Frankfurt a. M.
Gemeinbedarbeiter	23.-29. Mai	Dresden
Arbeiter-Abstinenten	30. Mai	Hannover
Metallarbeiter	31. Mai	Hamburg
Arbeiter der Chemischen Industrie	31. Mai	Frankfurt a. M.
Bildhauer	31. Mai	Magdeburg
Transportarbeiter	7. Juni	München
Lapejierer	Juli	Berlin

**Welcher Naturstein eignet sich zu Renovierungsarbeiten?**  
Am Illmer Münster sind die Renovierungsarbeiten noch lange nicht beendet. Am schlechtesten hält sich der Kohrshacher Mosaikstein; dieser ist ziemlich verwittert, so daß alle Steinschmitten seinen Ruin nicht aufhalten können. Am besten trotz den Witterungseinflüssen der Grenzheimer Muschelkalkstein; er wird in der Nähe von Grünfeld in Baden gewonnen. Dieser Kalkstein eignet sich infolge seines feinen Kornes auch zu den kleinsten Profilarbeiten. Gut soll sich auch der Tertiarstein von Eltville (Meß) gehalten haben, dagegen ist der verwendete französische Süßwasserkalkstein (Morley) ebenfalls stark verwittert. In Zukunft dürfte am Illmer Münster ausschließlich Muschelkalkstein Verwendung finden.

**Die größte Talperröhre Europas** erbaut zurzeit der Ruhr-Talperröhreverein an der Möhne. Das Möhnetalperröhre-Staubeden wird 130 Millionen Raummeter Wasser fassen. Die Länge ist auf sieben Jahre berechnet, die Kosten sind auf 20 Millionen Mark veranschlagt. Um Platz zu schaffen für das Staubeden, müssen 200 Häuser verschwinden; die überflaute Fläche umfaßt mehr als 4000 Morgen. Eine große Verkehrsstraße Neheim-Wede wird auf eine Länge von 14 Kilometer verlegt, und für die Zeit der Erbauung der Sperrmauer werden zwei Flußläufe umgeleitet. Die Sperrmauer selbst wird an der Krone 632 Meter lang und 40 Meter hoch werden, die Mauerstärke beträgt 34 Meter. Das Bauland liegt zwischen Soest und Arnberg, da, wo die Hebe in die Möhne fließt.

**Tödlicher Unglücksfall.** In Breitenbrunn bei Obelsbach wurde im Bolschen Steinbruch der Kollege Seib von einem umkippenden Rollwagen erschlagen. Im Bahrischen nehmen die Steinbruchsunfälle eminent zu.

**Gegen die Schießvorschriften gehandelt.** In Jonsdorfer Steinbruch bei Zittau wurden mehrere Arbeiter beauftragt (!), einen schießgelebten Sprengschuß auszubohren. Während der Ausbohrung entlud sich der Schuß; ein Arbeiter wurde dabei schwer verletzt. Öffentlich wird gegen den — Schießmeister mit einer schweren Bestrafung vorgegangen.

**Ein weiterer Schießunfall.** In Waldhütten ging während der Vorbereitung zum Sprengen der Schuß los. Zwei Arbeiter wurden sehr schwer verletzt.

**Noch ein weiterer Schießunfall.** In Helmstedt (Braunschweig) plagte eine Patrone zu spät. Vier Arbeiter, die in die Nähe des Schußloches traten, wurden erheblich verletzt. Einem davon mußte im Krankenhaus die Hand abgenommen werden.

### Allgemeine Bekanntmachungen.

**Reistenhausen (Bayern).** Ich erlaube alle Vertrauensleute, daß sie mir die Adresse des Kollegen Franz Michael Keller, geboren in Reistenhausen, zukommen lassen. Es handelt sich um die Anstellung einer Vollmacht. J. Beittler, Vorsitzender.

**Musen.** Der Kollege Wilhelm Wehling, geb. am 17. Oktober 1889 in Mindenerheide, hat seine Interimskarte hier hinterlassen; demselben ist keine neue auszustellen. Fris Meyer, Vorsitzender.

**Wismar (Meckl.).** Der Steinmetz Elzenberger, früher hier in Arbeit stehend, wird wiederholt aufgefordert, seinen jetzigen Aufenthalt anzugeben. Otto Gans.

**Hasserode.** Die reisenden Kollegen werden ersucht, den Harz zu meiden, da hier die Löhne bis zu 40 Prozent reduziert sind.

**Kolmar.** Die Kollegen, die um Arbeit anzusprechen, möchten sich zuerst beim Kassierer Otto Gaus, Schwenkstraße 7, melden. Weiter werden die Steinmetzen Valentin Müller und Friedrich Elzenberger aufgefordert, schleunigst ihre Adressen einzufenden. Dieselben haben in Kolmar noch Pflichten zu erfüllen.

**Strasburg (Elsaß).** Den Zahlstellen sei für die Beantwortung des Zirkulars bestens gedankt. Die Ortsverwaltung.

### Quittung.

Eingegangene Gelder vom 25. bis mit 30. Januar.

(Die vor den Zahlen stehenden Buchstaben bedeuten: B. = Beitragsmarken, L. = Eintrittsmarken, K. = Kranken- und Erwerbslosenmarken, M. = Material, Ab. = Abonnement, Ins. = Inserate, X. = Extrasteuer.)

Salzmedel, B. 2.40; Melschede, B. 1.—; Lofelt (Feld), B. 2.45; Soest, B. 3.80; Neumünster, B. 6.60; Arnstadt, B. 8.95; Haulberg, B. 178.92, E. 1.—, K. 27.50, M. 0.40; Köln II, B. 40.50; Krefeld, B. 72.68, E. 5.—, K. 6.10; Hasserode, B. 294.40, K. 46.55; Kehlheim, B. 112.70, K. 15.80, M. 0.20; Kleinrinderfeld, B. 1.84, K. 0.50; Vöbau, B. 388.72, E. 15.—, K. 42.35, X. 25.50; Oberbilingshausen, B. 52.06, K. 7.80, M. 0.20, X. 4.—; Strehlen, B. 114.—; Wurgun (durch Siebold), B. 43.68, E. 0.25, K. 1.80; Wittenberg, B. 50.60, K. 1.15; Wulsdorf, B. 25.80, K. 1.70; Plauen, B. 11.50, K. 0.50; Dönanbrück, B. 63.48, K. 4.70; Regendorf, B. 228.—; Meisen I, B. 46.—, K. 9.75, X. 159.50; Kaiserslautern, B. 228.80, E. 2.50, K. 12.60, X. 2.50; Heilbronn, B. 111.80, K. 10.25, M. 0.70; Göttingen, B. 84.—, K. 5.80, M. 1.50; Bremen, B. 121.80, K. 3.45; Chemnitz (Muster), Ins. 68.40; Suhl, Ins. 2.10; Dziergowitz, B. 5.50; Bromberg, K. 0.50; Kottbus, B. 2.95; Harburg, B. 19.65; Ems, B. 7.70; Abainville, B. 14.87; Königshain, B. 118.56, E. 1.50, K. 1.80; Lahr, B. 75.—, K. 3.75; Mittweida, B. 253.26, K. 27.20; Regendorf, B. 323.—, E. 0.25; Schönberg, B. 55.02, K. 3.50; Stuttgart, B. 270.56, E. 3.50, K. 47.70, M. 6.—; Grailsheim, B. 27.60, E. 0.50, K. 3.40; Alleben, B. 114.—; Alt-Warthau I, B. 212.25; Beuel, B. 0.47, E. 1.25, K. 1.20, M. 3.60; Lofelt (Falle), 37.65; Rortheim, B. 3.25; Ederode, B. 0.90; Saarbrücken (Bürger), Ins. 33.—; Langen-Altheim, B. 29.40, K. 0.30, M. 0.30; Hamburg II, B. 46.—, K. 6.—; Faulbach, B. 25.20, E. 12.—, K. 7.90, M. 0.20.
---

**Musweis** über zurückgelassenes Material vom 1. bis einschließend 31. Januar: Regensburg, 32 B. II, 180 K. Reistenhausen, 87 X. Posen, 100 B. I, 99 K. Meß, 76 B. I, 13 K., 16 X. Jannowitz, 80 B. III, 9 B. II, 20 Erschmarfen. Hannover II, 237 B. I, 27 K. Harbheim, 59 K. Herischdorf, 47 B. II, 38 K. Düsseldorf I, 63 B. I, 86 K. Strasburg, 800 B. I, 210 K. Heilbronn, 481 B. II, 191 K. Osnabrück, 62 B. I, 53 K. Waldbörn, 25 K. Schmalkalden, 36 B. I, 7 E., 85 K. Beuel, 164 B. I,

100 B. III, 60 K. Wulsdorf, 98 B. I. Wüdemann, 255 B. II, 120 K. Wittenberg, 138 B. I, 61 K. Kehlheim, 14 B. I, 33 K. Amorbach, 24 B. III, 4 E., 68 K., 100 X. Köln II, 194 B. III. Oberbach, 10 E., 88 X. Altenglan, 144 B. III, 30 E., 3 Erf., 131 K., 42 X. Gotha, 128 B. I, 78 K. Göttingen, 124 B., 8 K. Drossig, 96 K. Ramen, 149 K. Vöbau, 234 B. I., 1168 B. II., 106 B. III., 29 E., 6 Erf., 22 K., 470 X. Graulheim, 27 B. I., 7 E., 4 Erf., 2 K. Halle, 2 K. Alt-Warthau I, 252 B. I., 69 K. Bremen, 133 B. III. Augsburg, 48 B. I., 15 K. Braunschweig, 87 B. I. Krefeld, 151 K. Schönberg, 88 B. II., 38 K. Lahr, 56 K. Mittweida, 97 B. II., 28 K. Witten, 95 K. Alt-Warthau II, 75 B. I., 79 K. Hamburg II, 200 K. Wenzel-Nadwig, 241 B. I., 41 K. Hagen, 61 K. Blankenburg, 71 K., 7 Erf. Kirchberg, 852 B. II. Blaubeurg, 550 B. II. Bülow, 14 B. I., 30 K. Cune-Walde, 102 B. III., 18 K. Schopfloch, 81 B. III., 20 K. Mainz, 7 B. I., 37 K. Meisen II, 241 K. Eisenach, 231 B. I., 54 K. Hannover I, 100 B. I., 50 K., 8 Erf. Gätzsch, 229 B. II., 176 K. Erfurt, 85 B. I., 206 K. Stettin, 60 B. I., 21 K. Langen-Altheim, 5 B. II., 28 X. Kupferdreh, 110 B. I., 125 B. III., 55 K. Kirchenlamitz, 220 B. III. Lüneburg, 39 B. II., 98 K. Ober-Belau, 37 X. Hamm, 24 B. I., 26 B. III., 8 K. Gohmannsdorf, 138 X. Dortmund, 178 B. I. Bonn, 45 B. I. Odenheim, 398 B. I., 192 K., 14 E. Königsberg, 41 B. I., 23 K. Erfurt, 90 B. I., 64 K. Grammet, 134 B. I. Neuenstein, 61 B. II., 7 E. Kleinrinderfeld, 110 B. I., 81 B. III., 79 K. Naumburg, 32 K. Göttingen, 257 B. III., 10 E., 18 K. Hilbesheim, 323 B. I., 189 K. Münden-Glabach, 60 B. II., 8 K. Birge, 79 B. I., 11 K. Oberdorf, 42 B. III., 14 K., 6 Erf., 44 X. Frankfurt a. O., 256 B. I., 43 K. Wörth, 54 X. Hochpeter, 159 B. II., 138 K. Götting, 132 B. I., 79 B. III., 69 K. Baun, 200 B. II. Ulm, 38 K. Langensalza, 18 B. I., 44 K. Hofbach, 148 B. II., 30 E. Hofenau, 99 B. I., 83 K., 9 E., 4 Erf., 2 X. Alt-Leiningen, 76 B. II., 24 K. Verbach, 12 K. Wunzlau, 36 B., 9 K. St. Johann, 46 K. Einbeck, 93 B. I., 93 K. Spardach, 26 B. III., 53 K., 11 E., 66 X. Herdecke, 32 B. III. Rüttlingen, 348 B. III., 159 K. Naasdorf, 77 B. III. Kirn, 160 B. I., 8 E., 58 K., 164 X. Kelbra, 92 B. II., 7 K. Brudmühl, 10 B. Breslau I, 211 B. I., 52 K. Sprockhövel, 414 B. I., 227.70, 122 K. Roßhof, 243 B. I., 19 K. Odenburg, 12 K. Pirna, 1800 B. II.
--

Ludwig Geiß, Kassierer.

### Adressen-Henderungen.

**Witten.** Kass.: Karl Delvo, Augustastraße 57.  
**München.** Vorl.: Heinrich Erlacher, Schmelzerstraße 20, II. Kass.: Kaver Käfer, Holzstraße 33, II.

### Briefkasten.

**Neuenstein.** Der Bericht war aber wirklich zu unwesentlich. — U. Z. Warum so nachsichtig? Eine wahrheitsgetreue Anzeige bei der Staatsanwaltschaft, dann kommt schon Schwung dahinter. § 230 des Strafgesetzbuchs lautet: „Wer durch Fahrlässigkeit die Körperverletzung eines anderen verursacht, wird mit Geldstrafe bis zu 900 Mk. oder mit Gefängnisstrafe bis zu zwei Jahren bestraft.“ Wenn so vorgegangen wird, und der Unternehmer Aussicht hat, „blauen Heinrich“ genießen zu können, dann werden auch die Arbeiterschutzvorschriften imgehalten. — **Sehr verehrter Herr Volter!** Ihre lombische Zuschrift ließen wir ohne eine Kränze zu vergießen in den Papierkorb wandern. Mit Ihren proportionierten Frechheiten kommen Sie bei uns an die falsche Adresse. Nun können Sie ja zu Pontius oder zu Pilatus gehen. Daß Ihr Benehmen den Brucharbeitern gegenüber ein anderes wird, dafür werden wir aber schnell Sorge tragen. — **Bayreuther Wald, 8.** Die Bundesratsverordnung zum Schutze der Steinarbeiter ist nur durch das gewichtige Anlagematerial unseres Verbandes zustande gekommen. Die „Christlichen“ haben allerdings den Ruhm — daß sie an der ganzen Sache auch nicht im geringsten beteiligt waren. Wenn aber von christlicher Seite behauptet wird, sie hätten beim Materialammeln auch mitgewirkt, so ist das eine bewusste Unwahrheit. — **Halt.** Zuvor den Beitrag von einer Mark einsenden, dann erfolgt Veröffentlichung. — **E. W.** Kann erst in nächster Nummer behandelt werden. — **H. Schöner.** Gut, wir wollen die Frage auch von diesem Gesichtspunkt aus behandeln.

Die Broschüre „Der gelbe Kampf“ liegt in drei Exemplaren dieser Steinarbeiterzeitung bei. Die Zeitungsverbreiter mögen dieselbe unverzüglich den Vertrauensleuten übergeben.

### Anzeigen.

(Bei Inseraten von Arbeitsangeboten übernimmt die Redaktion keine Gewähr über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Es ist Sache der Arbeitnehmenden, sich über die einschlägigen Berufsverhältnisse schriftlich zu erkundigen.)

## Spezialhaus für Berufskleidung

**Emil Keidel, Hamburg 6**  
Schürzen-Stoff, extra breites Hausmacherleinen.  
Jacketts, Hofen

Wiederere tüchtige Handschleifer für dauernde Arbeit gesucht. Verbeiratete bevorzugt.  
**Granitwert Steinerne Renne Aktien-Ges. Wernigerode (Harz).**

In Roncarn (Italien) verstarb infolge eines Blutschlages unser treuer Kollege  
**Angelo Brest**  
33 Jahre alt. Wir verlieren in demselben einen tüchtigen Verbandskollegen, der besonders unter den italienischen Kollegen rastlos für den Verband agiterte. Ein ehrendes Andenken ist ihm gesichert.  
**Die organisierten Steinarbeiter von Hordocke.**

**Gestorben.**  
In Bühlberg am 25. Januar der Kollege **Johann Verchl**, 23 Jahre alt, an der Berufsfrankheit.  
In München am 21. Januar der Kollege **Johann Mader**, 35 Jahre alt, an Schlaganfall.  
In Neu-Diehm (Zahlstelle Demitz-Thumitz) am 26. Januar der Kollege **Max Marx**, 29 Jahre alt, an Lungenschwund.  
In Zwingenberg (Odenwald) am 28. Januar der Kollege **Jacob Varisz**, 61 Jahre alt, an der Berufsfrankheit.  
Ehre ihrem Andenken!

Verantwortlicher Redakteur: A. Staudinger, Leipzig.  
Verlag von Paul Starke in Leipzig.  
Notationsdruck der Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft.

## „Recht auf Arbeit.“

Die Tatsache, daß zu gewissen Zeiten Tausende und Aber-tausende von Menschen trotz eifrigsten Bemühens, trotz der größten Anstrengungen, deren der Selbsterhaltungstrieb fähig ist, keine Gelegenheit finden können, durch ihrer Hände Arbeit sich einen Lebensunterhalt zu verschaffen, muß jedem aufmerk-samen Beobachter und Kenner unseres modernen Wirtschafts-lebens als eine fürchterliche Anklage gegen die heutige Gesell-schaftsordnung erscheinen. Auch dem oberflächlich Urteilenden muß es sich als ein Widersinn dieser Gesellschaftsordnung offen-baren, daß ein strenger Winter schon genügt, um Hunderte von Menschen brotlos zu machen, und daß gar erst in der Zeit einer Wirtschaftskrise, wie gegenwärtig, der Notstand unter der Be-völkerung ganz allgemein ist. Gerade zu dieser Zeit, wo in-folge der vorhergehenden lebhaften Geschäftstätigkeit und bei größter Anspannung der Produktion der Warenreichtum so groß ist, daß Boden, Speicher und Läger mit Waren überfüllt sind, gerade zu dieser Zeit herrscht unter der arbeitenden Bevölkerung der größte Mangel an Dingen, die zu des Lebens Nahrung und Notdurft unentbehrlich sind. Es sind ihrer Hunderte, ja Tausende, die infolge ihrer Mittellosigkeit und fehlenden Kauf-fähigkeit hungern und frieren unsere Straßen durchziehen, um Arbeit zu suchen, und dabei ist an Brennmaterial und an Nah-rungsmitteln usw. der größte Ueberschuß.

Die Arbeitslosigkeit, obgleich der heutigen Gesellschafts-ordnung eigen, ist freilich keine Erscheinung der neuen oder der neuesten Zeit; sie ist nur mit der Zeit an Umfang größer ge-worden und fängt an, für weite Kreise des Volkes verhängnis-voll zu werden, und das Mittel, wodurch nach der Meinung vieler der Arbeitslosigkeit als Massenerscheinung begegnet werden könne, das „Recht auf Arbeit“, ist keineswegs ein Postulat (eine Forderung) unserer Tage.

Als im Schoße der Gesellschaft die privatrechtlich-kapitalistische Pro-duktionsweise entstand und auf ihrem weiteren Wege Licht, Luft und alle Mittel zu ihrer Entfaltung benötigte, außer auf rein technischem Gebiete, z. B. durch die Erfindung und Nuhbar-machung der Dampfmaschine, die revolutionierend wirkte, und durch den Ausbruch der französischen Revolution alle äußeren Schran-ken niederriß, die sich ihr in den Weg stellten und nach der Mei-nung vieler damals ein Reich der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit entstehen müsse, trat bereits die Arbeitslosigkeit, damals freilich mehr durch revolutionäre und kriegerische Ereig-nisse herbeigerufen, als Massenerscheinung auf. Ernstie Denker und mitfühlende Menschenfreunde fühlten sich bewegt, dieser Frage ihre Beachtung in hohem Maße zuzuwenden. Auch der französische Minister Turgot, der bestrebt war, auf wirtschaft-lichem Gebiet Reformen einzuführen, bekannte sich zu der For-derung vom „Recht auf Arbeit“. In der Begründung einer seiner berühmten Dekrete sagte er, daß jeder die „Freiheit“ und das „Recht“ haben müsse, sich seinen Unterhalt durch Arbeit zu ver-dienen, ungehindert durch Junkt- und ähnliche Schranken. Nach dem Ausbruch der Revolution wurde die Idee des Rechts auf Arbeit lebhaft in der französischen Nationalversammlung bes-prochen, und zwar bei der Gelegenheit, wo die „fürchterliche Plage der Massenarbeitslosigkeit“ hervortrat. Die National-versammlung erließ eine Verordnung auf „Recht auf Arbeit“. Das war alles, was die Ervähler des französischen Volkes taten oder tun konnten. Ernsthaftige Versuche, das, was in der Ver-ordnung gefordert worden war, nun auch durchzuführen, wun-den nicht unternommen.

Im Jahre 1797 zog Johann Gottlieb Fichte aus der Natur-rechtslehre, die vertreten wurde durch Montesquieu, Morelly, Rousseau u. a., den Schluß, daß jedes Individuum einen Rechts-anpruch darauf habe, vom Staate lohnende Beschäftigung zu verlangen. Er gab damit den rechtsphilosophischen Begriff des Rechts auf Arbeit in seiner weitesten Ausdehnung, der darauf hinausgeht, die ganze staatliche und wirtschaftliche Ordnung diesem Rechtsbegriffe entsprechend zu gestalten. Nach ihm, etwa zwanzig Jahre später, war es Charles Fourier (geb. 1772, gest. 1837), der die Idee und die Forderung in die entscheidende und propagandistisch wirksame Formel „Droit au travail“ („Recht auf Arbeit“) kleidete. Anknüpfend an die Untersuchungen Rousseaus, eines Vorläufers der französischen Revolution, sagt er in seinem im Jahre 1822 erschienenen Werke: „Theorie eines Rechtsstaates“: „Der Wilde hatte einstmal das Recht auf freies Fruchtbrechen, auf freie Weidenutzung für sein Vieh, freie Jagd, freien Fischfang, freie Verbindung mit seinesgleichen auf ein sorgenloses Dasein und auf freie Aneignung jedes beliebigen Genußmittels. Diese Rechte hat der Mensch in der heutigen Gesellschaft nicht mehr. Wodurch entschädigt ihn aber die Gesellschaft für solchen Verlust? Etwa dadurch, daß sie ihm die

„Freiheit“ gebracht hat, und daß sie ihm das „Glück“ gewähr-leistet, in einem Verfassungsstaate zu leben? Solche Einfältig-keiten verdienen nicht einmal den Namen einer Illusion und können unmöglich einen modernen Lohnarbeiter befriedigen, der vor allen Dingen nach seinem Appetit essen will und sorglos leben möchte, wie der Wilde. Was gibt man also dem armen Arbeiter für die freie Jagd und den Fischfang, für die Früchte und die Viehherden? Das Glück, unter einer Verfassung zu leben! Aber der Arme kann doch unmöglich die Verfassung lesen, anstatt zu Mittag zu essen! Es heißt ihn in seinem Elend noch obendrein verhöhnen, wenn man ihm eine solche Entschä-digung anbietet!“

Bei seinen weiteren Untersuchungen auf diesem Gebiete kam Fourier zu der Forderung: das mindeste, was der Mensch von der heutigen Gesellschaft zu fordern habe, sei das Recht, seinen Hunger zu stillen. Da es aber dem Besitzlosen nur dann möglich ist, sich Nahrung zu verschaffen, wenn er zuvor durch Arbeit die Mittel hierzu erworben hat, so muß ihm die Gesell-schaft eben die Möglichkeit und das Recht geben, daß er zu jeder Zeit passende Arbeitsgelegenheit findet, weil er anders nicht im-stande ist, sein Leben zu fristen. „Infolge dessen“, sagt Fourier, „ist das Recht auf Arbeit das wichtigste und wesentlichste Menschenrecht.“

Wenn also bis dahin in der Theorie auf das „Recht auf Arbeit“ hingewiesen wurde, so kam eine Zeit, wo es in die Praxis umgesetzt werden sollte. Das war zur Zeit der Revo-lutionsperiode von 1848 in Frankreich. Ein Schüler Fouriers, Victor Considérant, war es, der mit großer Entschiedenheit die Forderung des Rechts auf Arbeit in der Pariser Bevölkerung vertrat, worauf es dann Louis Blanc gelang, in der provisorischen Regierung ein Gesetz durchzubringen, das das Recht auf Arbeit ausdrücklich garantierte. Bevor er aber seinen Plan in den Grundzügen richtig ausarbeiten und vorlegen konnte, da-mit man nun mit dem „Recht auf Arbeit“ eine Probe auf das Exempel machen könne, hatte bereits die Regierung, um sich den Anschein der Volksfreundlichkeit zu geben, im geheimen aber den Mißerfolg der ganzen Sache erwartend oder ihn gar wünschend, die vielberufenen Nationalwerkstätten errichtet und dadurch auch nach außen hin das „Recht auf Arbeit“ anerkannt. Louis Blanc und seine Anhänger dachten sich aber die Durchführung des Rechts auf Arbeit auf Grund einer Organisation der Arbeit und nicht als eine bloße Arbeitslosenfürsorge. Davon wollte aber die bürgerliche Mehrheit der Nationalversammlung nichts wissen. Die Bourgeoisie war daher eifrigt bestrebt, die Nationalwerk-stätten in Verruf zu bringen, und ließ zu diesem Zwecke gegen dieses Institut alle Mienen springen. Die Männer der Bour-geoisie eiferten in Rede und Schrift gegen die Gefahr, die aus der Anhäufung so vieler Arbeiter in Paris für die Sicherheit der Hauptstadt bestehe, und sie suchten dadurch die Menge der Fürchtamen gegen die Nationalwerkstätten einzunehmen. Der Präsident Cavaignac erklärte auf der Tribüne: Man habe 100 000 Arbeiter jubel in Paris, die einen Klub der Ver-zweifelten bildeten, ein Geschwür, das bald plaßen werde, und am 5. Juni kam es zu dem Beschlusse, 7000 Arbeiter der Natio-nalwerkstätten aus Paris zu entfernen. Wie zu erwarten war, schlug dies nicht genügend vorbereitete und ohne Sachkenntnis in ziemlich großer Hast in Angriff genommene Unternehmen gänzlich fehl. Ueber die Ursachen und Gründe des Fehl-schlusses ist viel, aber manches Unrichtige verbreitet worden und vielfach hat es hierbei an Verurteilungen nicht gefehlt, den Zu-sammenbruch der Nationalwerkstätten dem Sozialismus zur Last zu legen, um ihn bei der arbeitenden Bevölkerung in Miß-kredit zu bringen und zu beweisen, daß auch in der Praxis die Forderung des Rechts auf Arbeit gänzlich unhaltbar sei. Sie verschwand denn auch auf lange Zeit aus dem Bereiche der Agitation.

In andern Ländern, z. B. in Deutschland und der Schweiz, trat das Recht auf Arbeit hin und wieder als theoretische For-derung hervor, ohne daß es zur praktischen Anwendung gekom-men ist.

Es war wiederum bald nach einer Volkserhebung — am 7. Juni 1848 — als die Berliner Nationalversammlung über das „Recht auf Arbeit“ verhandelte. In Berlin waren ungefähr 4000 Arbeiter mit ihren Familien brotlos. Man verlangte, daß die Regierung den Arbeitslosen Beschäftigung verschaffe. Dar-auf erklärte der Minister v. Radow, der wohl eine Art Arbeits-losenfürsorge im Auge hatte, aber ein „Recht auf Arbeit“ durch den Staat nicht anerkennen wollte, es sei die Pflicht der Kom-munen, dafür zu sorgen, daß niemand Hungers sterbe. Es siehe allerdings im Allgemeinen Landrecht (dem damaligen Gesetzbuch Preußens), daß der Staat denen, die Arbeit suchen, auch Arbeit verschaffen müsse. Das würde aber die Kräfte des Staates übersteigen. Diese Bestimmung würde gar nicht reali-

zierbar sein. — Auch Arbeiter- und Handwerkerversammlungen machten damals die Forderung des Rechts auf Arbeit zu der ihrigen und stellten darum an die konstituierende Versammlung in der Paulskirche in Frankfurt a. M. das Verlangen, diese Forderung in die „Grundrechte des deutschen Volkes“ aufzu-nehmen. Das Parlament wies sie aber damit ab.

Darauf wurde es abermals auf lange Zeit still mit der For-derung des Rechts auf Arbeit, bis Fürst Bismarck am 9. Mai 1884 im Reichstage es unternahm, dieses Schlagwort gegen die Sozialdemokratie auszuspielen. Diese hat sich aber aus guten Gründen niemals offiziell zu dieser Formel bekannt, weil sie weiß, daß der heutige Staat diese an sich berechtigzte Forderung gar nicht erfüllen kann. Der Kapitalismus ist nicht dazu im-stande, jedem arbeitswilligen und arbeitsfähigen Menschen die Gelegenheit zur Arbeit zu geben, weil unter seiner Produktions-weise, infolge der gesteigerten Warenerzeugung, ein so großes Angebot von menschlicher Arbeitskraft entstehen muß, das dau-ernd zu der Nachfrage in keinem Verhältnis steht. Die Forde-rung des Rechts auf Arbeit kann nur eine auf sozialistischer Grundlage beruhende Gesellschaftsordnung erfüllen; eine Ord-nung, die, wenn sie gar nichts andres dem Menschen gewähr-leistete als dies, allein schon dadurch den Vorzug vor der heuti-gen Ordnung verdienen würde.

Daß aus der Naturrechtsphilosophie die Forderung des Rechts auf Arbeit begründet ist, davon haben die Arbeiter gar nichts. Daß die heutige gesellschaftliche Ordnung dieses Recht im konkreten Sinne dem Menschen nicht gewähren kann, das wissen sie. Daß die Arbeitslosenfürsorge durch die Kommunen unzu-reichend ist, das wissen sie ebenfalls, ganz abgesehen davon, daß sie oftmals als eine Art Almosen gewährt wird. Angesichts alles dessen bleibt ihnen unter diesen Umständen nur die Selbsthilfe übrig, und zwar dadurch, daß sie sich den Gewerkschaftsorgani-sationen anschließen und in diesen sich durch geeignete Maß-nahmen auf dem Gebiete der Unterstützungseinrichtungen wenn auch kein „Recht auf Arbeit“, so doch ein Recht auf hinreichende gewerkschaftliche Beihilfe sichern.

## Arbeitslose und Gemeindeverwaltung.

Die Verwaltung der Stadt Kolmar im Elsaß hat einen Statutenentwurf zur Einführung einer städtischen Arbeitslosen-versicherung veröffentlicht. Danach umfaßt die Versicherung zwei Abteilungen. In der ersten Abteilung werden die Mitglieder während der Winterperiode bis zu 40 Tagen versichert, d. h. vom 1. Dezember bis zum 15. März; in der zweiten Abteilung während des ganzen Jahres bis zu 40 Tagen. Der ersten Ab-teilung werden ungelernete und gelernete Arbeiter zugeteilt, von denen die Ausführung von Notstandsarbeiten verlangt werden kann; in die zweite Abteilung kommen jene gelerneten Arbeiter, die nicht zu den Notstandsarbeiten herangezogen werden können. Neben einem jährlichen Eintrittsgeld von 50 Pfg. ist von jedem Versicherten ein Beitrag von 80 Pfg. pro Versicherungstag zu entrichten, d. h. also, wenn als Dauer der Versicherung 40 Tage angenommen werden, 32 Mk., die in der Zeit vom 1. April bis zum 1. November einzuzahlen sind. Zu diesem vom Versicherten eingezahlten Beitrag von 80 Pfg. pro Tag gewährt die Versiche-rung einen Zuschuß von 10 Pfg. an die Versicherten, die noch kein Jahr in der Stadt wohnen. Für Versicherte, die länger als ein Jahr da sind, beträgt der Zuschuß 20 Pfg. Für verheiratete Arbeiter kommt dazu noch ein Zuschuß von je 10 Pfg. für jedes versorgungsbedürftige Familienmitglied. Für Versicherte, die sich an den Notstandsarbeiten beteiligen, kommt an Stelle des Zu-schusses der Tagesverdienst, der für die Notstandsarbeiter bezahlt wird. Ein Arbeiter, der der Versicherung in einem Jahre nicht bedarf, hat ein Anrecht auf Rückerstattung des eingezahlten Betrags oder Uebertragung desselben auf das nächste Jahr. Die Leistungen der Rasse treten am dritten Tage der Arbeitslosigkeit in Kraft. Das Eintrittsgeld dient als Reisezuschuß für ledige Arbeiter, die verpflichtet sind, auch auswärts Arbeit anzunehmen. Die Kosten der Versicherung werden also in der Hauptsache den Arbeitern aufgebürdet. Sollte im Statut nicht noch Vorsorge ge-troffen werden, so könnte sich die Versicherung, diese „segen-reiche soziale Einrichtung“, da Arbeitszwang besteht — für Un-verheiratete selbst nach außerhalb der Stadt —, unter Umständen zu einem veritablen Streifschacherinstitut entwickeln.

Die Stadtverordnetenversammlung zu Magdeburg beschäf-tigte sich mit einer Eingabe des Gewerkschaftsartells, für die Arbeitslosen Fürsorge zu treffen. Der Antrag, Notstandsarbei-ten in Angriff zu nehmen, wurde für erledigt erklärt, da bereits 387 000 Mk. zu dem Zweck bewilligt worden waren. Zugestimmt wurde dem Antrage, den Magistrat zu ersuchen, möglichst für Wärmehallen zu sorgen. Weiter wurde beschlossen, den zur

## Kloster und Gewerbebetrieb.

Im Vorwärts finden wir über obiges Thema folgende inter-essante Schilderung:

Von französischen und belgischen Klöstern hörte der Zeitungsleser in den letzten Jahren öfters als Stätten besonders rücksichtsloser Ausbeutung menschlicher Arbeitskraft; in aufsehen-erregenden Gerichtsverhandlungen wurden hierüber Feststellun-gen in voller Öffentlichkeit gemacht. Man weiß, daß die wohl berühmteste Webfabrik der Welt bis zur letzten französischen Kirchengesetzgebung im Besitz und im Betriebe von Mönchen war. Die ehemaligen Namen des Franziskaner-Biers, des Dominikaner-Bräues, der Jesuitenbrauerei, erinnern uns an die Beziehungen anscheinend weltfremder Mönche mit dem weltfrohen Brauer-gewerbe. Derartige Beispiele aus der jüngsten Vergangenheit ließen sich unschwer häufen. Ja man könnte eine für die Kultur- und Wirtschaftsgeschichte sehr bedeutungsvolle und umfangreiche Untersuchung über die Beziehungen von Klöstern und Gewerbe-betrieben anstellen. Im Mittelalter waren die Klöster bekannter-maßen die Bewahrer, wenn auch nur selten die Förderer des wissenschaftlichen Erbes des klassischen Altertums, und hierdurch bedeutungsvolle Vermittler geistigen Besitzes. Sie waren in den ersten Jahrhunderten des Mittelalters auf deutschem und eng-lischem Boden auch die Träger der wirtschaftlichen Kultur. Die Formen besserer Ackerbestellung, der Obstzucht und mannigfacher Verwertung der Rohprodukte brachten die Missionare jener Zeit in das heidnische Mittel- und Nordeuropa.

Im Klosterhof finden wir, wie dann später in der kaiser-lichen Pfalz und auf den Edel- und Stifthöfen die Gewerbe blühen, wenn auch im wesentlichen nur betrieben für die große Einzelwirtschaft des Königs, des Stiftes, des Klosters, des Edel-herrn. Ueber die große Bedeutung der Fronhöfe als Ausgangs-punkt gewerblicher Entwicklung sind wir durch die grundlegenden Schriften von Maurer seit langem unterrichtet. Einiges Material führt auch der verdienstvolle und leider viel zu früh verstorbene Moritz Heyne in seinem soeben aus seinem Nachlasse veröffentlichten Werke Das alteutsche Handwerk (Straßburg 1908. R. J. Trübner) an, das wir hier zusammenstellen wollen. Er verweist z. B. auf die merkwürdig frühe Verwendung des Eisenbeins in Deutschland, das vorwiegend zu kirchlichen Zwecken bearbeitet wurde, so daß der Kunsthandwerker auch nur in geist-

lichen Kreisen auftritt, ohne Zusammenhang mit dem profanen Leben. Dies gilt aber nicht bloß für den Eisenbeinarbeiter oder Eisenbeinschnitzer, sondern wohl auch für den Edelschmied, den Glaser und den Holzschmied. Mit Namen ist uns bloß ein Eisenbeinschnitzer — eben ein Mönch — überliefert, Luitilo, der auch sonst ein trefflicher Künstler, ein Dichter, Goldarbeiter, Musiker, Musiklehrer, Maler, Sprachgelehrter, Wildhauer gewesen sein soll. Der Bischof Salomo von Konstanz, der zwei Eisen-beintafeln besaß, eine mit römischer Schnitzerei bedekte, und eine völlig glatte, bloß zum Schnitten hergerichtete, übergab ihm die letztere mit dem Auftrage, sie mit Bildwerk zu ziieren. Auf einem Bild der sitzenden Jungfrau Maria wird überliefert, daß es der erwähnte Luitilo von St. Gallen zu Neß in Holz ge-schnitzt hat.

Das Kunsthandwerk war mit den Klöstern enge verbunden. Der Kreis derer, für die die Kunsthandwerker ihre Tätigkeit aus-übten, war zunächst beschränkt. In der profanen Welt kamen nur die obersten Gesellschaftsklassen eigentlich in Betracht, namentlich was Gewandung, Schmuck und Prunkgeschirr betraf, höchstens daß die Kunst der Holzschmiederei auch tiefer hinab-griff, wenn es sich um Verzierung von Hausstücken handelte. Sonst ist das Kloster der Sitz einer intensiven kunstgewerblichen Tätig-keit, besonders was die Arbeiten in Metall und Glas, Gold und Eisenbein angeht. Was hierin von geistlichen Künstlern im 11. und ansfangs des 12. Jahrhundert geleistet wurde, darüber gibt das Buch des pseudonymen Theophilus Presbyter: Schedula diversarum artium (Verzeichnis der verschiedenen Künste) Aus-tunft. Es enthält Anweisungen für das Gebiet der Malerei, Glas- und Metalltechnik, vorzugsweise der Goldschmiedekunst, für Orgelbau und Glockenguß, gibt auch einiges über Edelsteine und Perlen, sowie Eisenbeinschnitzerei; aber die Schnitzerei in Holz ist dort ebenföwenig berührt wie die Drechslerei, Töpferei und Weberei; ein deutlicher Fingerzeig für die Art und Ausdehnung klösterlicher Kunstbetätigung.

Geistliche Kunsthandwerker waren auch die Buchmaler und die Bucheinbinder; ihr Beruf, ausländischen Ursprungs wie er war, blieb innerhalb der Klausur. Dagegen betweilte sich nach und nach ein anderes zuerst im Kloster geübtes Handwerk, das des Baumeisters in Stein und das des Steinarbeiters. Die Verbreitung dieses bedeutungsvollsten frühmittelalterlichen Handwerks, dessen Zeugnisse uns in den ragenden Domen

halten sind, geht von den Gotteshäusern und Stiftgebäuden aus, die unter Leitung von Geistlichen, ansfangs durch landfremde italienische oder gallische Maurer, später durch einheimische, oft auch wieder klösterliche Kräfte aufgeführt werden. Das Kloster sorgt für die berufliche Ausbildung der Leiter solcher Stein-bauten nach römischer Ueberlieferung; es entstanden frühliche Bauakademien in den Klöstern. Aus der karolingischen und nach-karolingischen Zeit sind uns nur geistliche Baumeister selbst für steinerne Profanbauten überliefert. Als Karl der Große eine Kirche bauen wollte, übertrug er die Ausführung einem Abte, nachdem er von allen Ländern diesseits des Meeres Meister und Werkleute aller Künfte dieser Art berufen hatte.

Heyne erzählt uns auch von großen Klöstern, die Glas her-stellen ließen. Klösterliche Eigenleute fertigen im Hausbetriebe das für die Herrschaft benötigte Quantum. Sie sind wenig leistungsfähig: Am Ende des 10. und am Anfang des 11. Jahr-hunderts müssen sich Abte von Fernreise gegenüber Bestellen von Fensterglas entschuldigen, daß sie keine oder nur wenige Vor-räte haben, und ihren Arbeitern erst die Herstellung auftragen müssen. Bei der Erwähnung von Steinbrüchen erwähnt Heyne, daß zu Werkleuten bei geistlichen Bauten auch mündliche Kräfte herangezogen werden, die sich nach der Ordensregel vor keiner noch so schweren Arbeit scheuen dürften. Die weltlichen Arbeiter verharren durch das Mittelalter und später in der untergeord-neten Stellung der bloßen Zubereiter für Maurer und Stein-mecher.

So sehen wir an diesen wenigen Beispielen, wie die Klöster die Vermittler römischer Gewerbe- und Kunstfleißes, die Ver-breiter gewerblicher Technik waren. Die Klöster haben in früheren Jahrhunderten ungewisselhaft manche große Kulturauf-gabe erfüllt, die ihnen aber bald von weltlichen Personen und Körperschaften abgenommen wurde. Raum für irgendeine Ein-richtung ergab sich im Wandel der Zeiten eine so mannigfache und sich vielfach direkt widersprechende Beurteilung, wie für die Klöster. Wir glauben nicht, daß die Stellung der Klöster in den ersten Jahrhunderten nach Einführung des Christentums in Deutschland allein nach ihrer Bedeutung für die Geschichte des Geisteslebens und der wirtschaftlichen Entwicklung zu beurteilen ist. Was wir hier feststellen wollten, ist bloß die Bedeutung des Klosters für die Anfänge der deutschen Gewerbe-geschichte.

Speisung bedürftiger Schulminder zur Verfügung stehenden Betrag zu erhöhen. Das aber, worauf es in der Hauptsache mit ankam, wurde abgelehnt, nämlich Mittel zur dauernden Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in den Etat einzustellen und eine Kommission zu bilden, die darüber zu beraten hat, ob die Einrichtung einer kommunalen Arbeitslosenversicherung unter Mitwirkung der Gewerkschaften möglich sei. Nur dem wurde zugestimmt, an die gesetzgebenden Körperschaften eine Petition um Einführung einer staatlichen Arbeitslosenversicherung zu richten.

Auf die von den Sozialdemokraten begründeten Anträge mußte der Oberbürgermeister in der Hauptsache nichts anderes zu erwidern, als daß die Stadt kein Geld für solche Zwecke habe. Sie müsse sich damit begnügen, durch Beschaffung von Notstandsarbeiten die schlimmsten Auswüchse zu beschneiden. Der nationalliberale Justizrat Stern lehnte auch die Unterstützung der Petition an die gesetzgebenden Körperschaften ab. Woher sollten die Mittel dazu genommen werden? Die Industrie könne eine weitere Belastung nicht ertragen. Es kimmten außer den Sozialdemokraten nur einige Bürgerliche für den Antrag auf Einführung einer kommunalen Arbeitslosenversicherung; für den Antrag auf Einstellung von Mitteln zur dauernden Bekämpfung der Arbeitslosigkeit stimmte gar nur ein Bürgerlicher.

Etwas anders steht es im milden Auslande auf dem Gebiete staatlicher und kommunaler Arbeitslosensfürsorge aus. So z. B. in Dänemark. Das System, durch Zuschüsse aus öffentlichen Mitteln zu den Arbeitslosenlisten der Gewerkschaften die Folgen der Arbeitslosigkeit zu mildern, ist wohl nirgends so gut durchgeführt als in Dänemark. Hier ist es zunächst der Staat, der den Arbeitslosenlisten, die sich den leicht zu erfüllenden Vorschriften über die Staats- und Gemeindegewerkschaften anpassen, ein Drittel ihrer Unterhaltungs- und Verwaltungsausgaben erstet. Als das Gesetz im April 1907 zustande kam, wurden zu diesem Zweck 250 000 Kronen aus Staatsmitteln bewilligt, für das Budgetjahr 1908 aber sind es bereits 400 000 Kronen, die den Arbeitslosen zugute kommen. Das ist für ein kleines Land mit nicht viel mehr als 2 1/2 Millionen Einwohner und einer Industrie- und Arbeiterbevölkerung, die längst nicht so zahlreich ist als die der Vereinigten Staaten, eine verhältnismäßig hohe Summe. Dazu kommt, daß ja außerdem die Gemeinden noch ein Sechstel zu den Ausgaben der Rassen beitragen können, diese also, wo das geschieht, zur Hälfte aus öffentlichen Mitteln aufgebracht werden. Erfreulich ist es, daß bereits eine große Anzahl Kommunen, namentlich solche, wo die Sozialdemokratie stark vertreten ist, von diesem Rechte Gebrauch macht. Wie der vom Staat angestellte Arbeitslosensfürsorgeinspektor mitteilt, haben bereits 11 Kommunen — darunter Kopenhagen, Frederiksberg, Aarhus, eine Anzahl Kleinstädte, sowie auch einzelne Landgemeinden — den Maximalzuschuß bewilligt. 11 andre Kommunen haben sich an den Inspektor mit dem Ersuchen gewandt, für sie den Maximalzuschuß zu berechnen, und drei Kommunen haben Zuschüsse bewilligt. Eine Konferenz von Bürgermeister und Vertretern sämtlicher Provinzialstädte Dänemarks, in der der Arbeitslosensfürsorgeinspektor verschiedene Aufschlüsse über die Anwendung des Gesetzes gab, beschloß einstimmig, sämtliche Kommunen zu empfehlen, den anerkannten Arbeitslosenslisten den höchsten Zuschuß, den das Gesetz zuläßt, zu gewähren. Die Stadt Kopenhagen sucht soviel Arbeitslose wie möglich zu beschäftigen. Auch hat Kopenhagen von dem in diesem Frühjahr beschlossenen Gesetz über Staatsdarlehen zum Abriß und Umbau von dicht bevölkerten, ungesunder Stadtteile Gebrauch gemacht und daraufhin beschloßen, ein altes Stadtviertel von mehreren Straßenzügen niederreißen zu lassen. Dadurch wird, wenn auch erst zum Frühjahr, eine große Anzahl Arbeiter Beschäftigung erhalten. Die Stadt Kopenhagen hat auf die Initiative der sozialdemokratischen Stadtverordneten hin am 11. Januar 100 000 Kronen zur Verteilung an Arbeitslose bewilligt, nachdem schon zweimal je 120 000 Kronen zu demselben Zweck aus Stadtmitteln bewilligt worden waren — In Deutschland möge man sich ein Beispiel daran nehmen.

### Ein Bild sozialen Elends

Auf eine Verhandlung vor dem Dresdner Schiedsgericht für Arbeiter- und Gewerkschaften. Es handelte sich um eine Klage der Hinterbliebenen des verstorbenen Steinmetzen Busch aus Lohmen bei Pirna gegen die Steinbruchs-Versicherungsgesellschaft auf Gewährung von Entschädigung. Am 16. April 1908 ist Busch in den besten Jahren gestorben. Etwa drei Wochen später meldete seine Frau bei der Versicherungsgesellschaft für sich und ihre neun unmündigen Kinder Entschädigungsansprüche an, unter der Voraussetzung, der Tod des Ernährers der Familie sei die Folge eines Unfalls, den dieser am 9. Oktober 1906 im Betriebe der Oberbergleithener Sandsteinwerke erlitten habe. Die Versicherungsgesellschaft lehnte kurzerhand die Gewährung von Rente ab, indem sie erklärte, daß selbst, wenn der Betriebsunfall als erwiesen angesehen werde, doch nicht ein Zusammenhang zwischen Unfall und Tod nachgewiesen sei. Eine Unfallanzeige ist leider seinerzeit nicht erstattet worden, weil der Unternehmer von dem Unfall selbst keine Kenntnis erlangt haben soll. Gegen den Rentenablehnungsbescheid legte nun die Witwe Berufung ein. Das Schiedsgericht vernahm darauf die Arbeitskollegen des Verstorbenen als Zeugen, die denn auch bekundeten, daß B. im Herbst 1906 im Steinbruch bei Königstein dadurch verunglückt ist, daß er beim Transport von Rohsteinen mittels Wagens, als er mit einem andern Arbeiter zusammen die Weichsel führte, ausglitt und dabei von der Weichsel einen starken Schlag gegen die Brust erhalten hat. Er konnte sich nicht mehr selbst erheben, sondern mußte von seinen Kollegen weggetragen werden. Wie sich später ergeben hat, hat der Verletzte am folgenden Tage den in Königstein wohnenden Arzt Dr. Schreiner konsultiert, der ihn ins Krankenhaus einwies. Dort ist er jedoch nur zwei Tage geblieben und am Sonnabend, den 13. Oktober, zu seiner Familie zurückgeführt. Seiner Frau gegenüber klagte er über heftige Schmerzen in der linken Brustseite, trotzdem nahm B., obwohl sie nicht nachließen, anderwärts Beschäftigung an, die er jedoch infolge Verschlimmerung seines Zustands am 21. November endgültig einstellen mußte. Nun erst trat der Verletzte in ärztliche Behandlung, die jedoch das Fortschreiten des Leidens nicht mehr aufhalten konnte. Dr. Wundmeister in Lohmen, der den Verstorbenen bis zum Tode behandelte, hat als Todesursache — B. hat auch auffallenderweise dem Arzte gegenüber niemals den Unfall erwähnt — ein chronisches Herzleiden bezeichnet, das in letzter Zeit durch eine katarthaltige Affektion der Luftwege ungünstig beeinflusst worden sei. Ob eine Verletzung mitgewirkt habe, entziehe sich, so erklärt der Gutachter, seiner Kenntnis. Inzwischen war es aber gelungen, aus den Akten des inzwischen verstorbenen Arztes Dr. Schreiner zu ermitteln, daß dieser am 10. Oktober 1906, also tags nach dem Unfall, eine Rippeneinknickung beim Verletzten konstatiert hat. Auf nochmaliges Befragen änderte nun auch Dr. Wundmeister sein früheres Gutachten dahin ab, daß er die Möglichkeit eines Zusammenhanges zwischen Unfall und Tod ohne weiteres zugab. Bezeichnend für die Art und Weise, wie mitunter ärztliche Untersuchungen oberflächlich geführt werden, ist, daß ein dritter Arzt, der Vertrauensarzt der Landesversicherungsanstalt (V. hat bis zum Tode Invalidenrente bezogen) als Ursache der Erwerbsunfähigkeit eine sogenante Steinhauerlunge mit Herzfehler feststellte. Davon hat gar keine Rede sein können. Schließlich wurde nun noch der durch seine Gutachten schon manchem Unfallverletzten verhängnisvoll gewordene Sanitätsrat Dr. Rinow in Dresden um seine Meinung befragt, der sich, obwohl die Tatsachen einen andern Schluß rechtfertigen, dahin aussprach, daß die größere Wahrscheinlichkeit nicht für einen Zusammenhang zwischen Unfall und Tod spreche. Und merkwürdigerweise hat das Schiedsgericht dieses höchst zweifelhafte Gutachten für maßgebend angesehen

und daraufhin die Witwe und deren Kinder mit ihren Ansprüchen abgewiesen.

Durch derartige Entscheidungen wird das Interesse der Arbeiter für die Sozialgesetzgebung wachlich nicht gehoben. Andererseits können die Arbeiter nicht ernstlich genug ermahnt werden, jeden, selbst den kleinsten Unfall, sofort anzumelden.

### Bericht vom I. Gau für 1908.

Einer derjenigen Gaue, wo eine planvolle Agitation seiner geographischen Lage wegen sehr schwer durchzuführen ist, dürfte der Berliner Gau sein. Wo in andern Gauen bei Streiks usw. die Gauleitung bald an Ort und Stelle sein kann, um die gegebene Situation aus nächster Nähe mit ansehen zu können, ist es der Gauleitung des I. Gaues nur bergommt, alles per Korrespondenz abzumachen, eventuell die Agitation mittels Flugblätter geschehen zu lassen. Dennoch müssen wir zur Zeit der schlechten Konjunktur froh sein, wenn wir keine Mitgliederverluste buchen müssen.

In Berlin zeigte sich das ganze Jahr eine Arbeitslosigkeit. Dauernde Arbeit war nur wenigen Kollegen besetzt.

Bei Lohnkämpfen wurden wir leider aus mehreren Zahlstellen nicht berichtet. Also es ist wünschenswert, eine schnelle und pünktliche Berichterstattung. Angesichts des fortschreitenden Zusammenstufes des Unternehmertums haben sich die Berliner Kollegen veranlaßt, wenn sie nicht zu völliger Einflußlosigkeit verdammt werden wollten, beide Fronten zu verschmelzen. Der Beschluß wird sich bewähren.

Bei den in Potsdam arbeitenden Kollegen trat eine Maßregelung wegen Lohnunterschieden ein, die hauptsächlich darauf zurückzuführen ist, indem ein fester Minimallohnsatz nicht besteht.

In Stettin kamen die Unternehmer gleich zu Anfang des Jahres 1908 und legten den dortigen Kollegen einen Tarif vor, mit dem Bemerkung, wer diesen bis zum 31. März nicht unterschrieben hätte, wäre entlassen. (Also: Fröh Vogel, oder stirb.) Auf Unterhandlungen wollten sich die Unternehmer erst nicht einlassen. Aber die Kollegen beharrten sich standhaft, und da sahen sich die Unternehmer doch veranlaßt, zu Unterhandlungen bereit zu sein. Der Tarif wurde mit ziemlichen Verbesserungen zur Annahme gebracht.

Bei den Frankfurter Kollegen begann das Jahr 1908 gleich mit einer Arbeitsniederlegung. Aber wir konnten doch einige Verbesserungen erzielen.

In Rostock (Granitbranche) lief auch der Tarif ab. Unsere Kollegen hatten rechtzeitig ihre Forderungen eingefandt. Die Unternehmer gingen auf die von den Kollegen gestellten Forderungen nicht ein. (Erhöhung des Affortarifs, des Stundenlohns und Einführung der neunstündigen Arbeitszeit.) In einer Verhandlung wurden aber doch einige Zugeständnisse erzielt.

Die Kollegen von Brandenburg sahen sich genötigt, in einen Lohnkampf einzutreten, um einen Einheitslohn zu erzielen. Nach achtwöchigem Kampfe wurde der Streit abgebrochen, trotzdem die geringen Zugeständnisse durchaus nicht befriedigend waren. Aber die Brandenburger Kollegen haben eine große Lehre durch ihren Streit gesammelt, indem sie zusehen mußten, wie die Brandenburgischen die Streikkräfte aufsuchten, um Bestellungen auf Grabdenkmäler zu erhalten.

Die Mitgliederzahl bewegte sich folgendermaßen:

1. Quartal	950 Mitglieder
2. "	939 "
3. "	907 "
4. "	870 "

Es ist ganz erklärlich, daß eine kleine Minderung an Mitgliedern eintreten mußte; an Arbeitsgelegenheit mangelt es sehr, und Bruchgebiete kommen im I. Gau nicht in Betracht. — Im Berichtsjahre wurden 1892,33 Mark an Streitunterstützung ausgegeben.

Im Auftrage des Gauleitungs-Otto Pirte.

### Korrespondenzen

**Bad Aibling.** Am 9. Januar fand hier im Gasthause zum grünen Wald unsere diesjährige Generalversammlung statt. Auf der Tagesordnung stand: Neuwahl der Vorstandschaft, welche folgendes Resultat ergab: Vorsitzender Hans Höller, Stellvertreter Joseph Kröz, Kassierer Stefan Spiegelberger, Schriftführer Joseph Manstätter, Revisoren Johann Pfeifenberger und Martin Zimmermann. Beim Punkt Verschiedenes wurde von einigen Kollegen darauf hingewiesen, wie nachteilig es ist, wenn in einem Betriebe verschiedene Verbände existieren, wie das hier der Fall ist. Es wurde daher beschlossen, in nächster Zeit eine Betriebsversammlung abzuhalten, um das weitere zu veranlassen. Auch wurde beschlossen, eine 3. Beitragsklasse für minderwertverfähige Kollegen einzuführen. Nach zweieinhalbstündiger Dauer wurde die Versammlung, welche einen sehr schönen Verlauf nahm, geschlossen. Wir erlauben nun, von jetzt an sämtliche Zuschriften der Zahlstelle an den Vorsitzenden Hans Höller, Elektrisches Restaurant, Bad Aibling, zu richten.

**Ybendbüren.** Am 17. Januar hatte der christliche Keramiker- und Steinmetzenverband hier eine öffentliche Steinmetzenversammlung einberufen, um eine Zahlstelle zu gründen. Hierzu waren auch einige Kollegen von Osnabrück erschienen. Bevor die Versammlung eröffnet wurde, kam der Einberufer auch zu uns — er kannte uns natürlich nicht — und teilte mit, daß diejenigen, welche im christlichen Bauhilfsarbeiterverbande gewesen seien und Rechte hätten, die je beim Uebertritt angedrängt werden sollen. Die Tagesordnung lautete: Welche Organisation schließen sich die hiesigen Steinmetzen an? Referent war ein Herr Klop. In der Diskussion ergoß unser Kollege Lücke Osnabrück das Wort und bedauerlich einleitend, daß von circa 300 Steinmetzen nur ungefähr 50 erschienen seien. Hieraus sei zu ersehen, daß das Interesse für die Organisation hier noch sehr fehle. Die Konkurrenz sei hier so stark, daß die Osnabrücker Steinmetzen für die Fertigstellung von Ybendbüren Material sowie Arbeitslohn erhielten, wofür es die Ybendbürener Unternehmer franko fertig nach Osnabrück lieferten. Hiernach sollte aber nicht geglaubt werden, daß die Osnabrücker Steinmetzen hohe Löhne verdienen; nein, die Ybendbürener Kollegen stellten die Arbeit für einen Stundenlohn fertig. Hierauf besprach Kollege Lücke in ausführlicher Weise die Entwicklung des Zentralverbandes der Steinmetzen seit dem Jahre 1903, woraus zu ersehen sei, daß am Schlusse des Jahres 1908 eine Mitgliederzahl von circa 18 000 mit einem Vermögen von über 1/2 Million erreicht sei. Dies sei der beste Beweis, daß der Verband tatkräftig für seine Mitglieder arbeite. Redner nahm noch die Unterstützungseinrichtungen der Christlichen treffend unter die Lupe, da diese in einem kleinen Flugblatte Unterstützungsfälle aufgezeichnet hätten, welche gar nicht zur Auszahlung gelangten, denn nach dem Statut sei durch Einsetzen einzelner Zusätze immer wieder die Unterstützung frütig gemacht. Zum Schluß empfiehlt Redner den Kollegen, dem Deutschen Steinmetzenverbande beizutreten; dieses sei der einzige Berufsverband, der in der Lage sei, den Kollegen bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu verschaffen. (Beifall.) Nachdem Herr Klop mehrere Ausführungen des Kollegen Lücke zu widerlegen suchte, meinte er am Schlusse, wer nicht in den Christlichen Keramiker- und Steinmetzenverband wolle, könne ja dem Zentralverband der Steinmetzen beitreten. Die Christlichen machen ein läglisches Fiasko, denn, wie zu übersehen war, ließ sich keiner aufnehmen.

**Löbau.** Am 17. Januar wurde in Löbau im Dörings Gasthof zu Weiersdorf die Generalversammlung der Steinmetzen von Löbau und Oppach abgehalten. Den Jahresbericht erläuterte Kollege Loofe. Daraus ging hervor, daß die wirtschaftliche Krise auch die hiesigen Steinmetzen schwer geschädigt hat, was leider einen kleinen Mitgliederrückgang zur Folge hatte. Am Schlusse des 4. Quartals gehörten der vereinigten Zahlstelle 246 Mitglieder an, gegen das Vorjahr ein Rückgang von 19. Eingetretene sind in diesem Jahr 87, abgetreten und ausgetreten 106. Ferner schilderte Loofe die Lohnbewegungen der Zahlstelle. Den Unternehmern wurde von der Zahlstelle ein einheitlicher Lohnsatz zur Annahme unterbreitet. Diese zeigten aber wenig Entgegenkommen und antworteten, daß sie mit der Organisation nichts zu tun hätten. Aus dem Vorgehen müssen die Kollegen lernen, daß freiwillig von den Arbeitgebern nichts zu erwarten ist und bloß durch Kampf einer guten Organisation Wandel zu schaffen ist. Bei der Lohnbewegung der Schleifer in Löbau kam ein Lohnsatz zustande. Trotdem nicht alles, was seit Jahrzehnten vernachlässigt war, errungen wurde, brachte der Tarif annehmbare Vorteile. Die Aussperrung bei der Firma Kumpf, die kurz vor Weihnachten den Kollegen beschert wurde, konnte nach dreiwöchiger Dauer vom Gauleiter beigelegt werden. 14 Versammlungen und 24 Platzbesprechungen machten sich nötig, um sämtliche Angelegenheiten der Zahlstelle zu beraten. Die wirtschaftliche Krise hält im neuen Jahr noch an und einzelne Unternehmer sind schon dabei, Verschlechterungen der Kollegen aufzuzwingen. Die Firma Scharf (Groß-Schneidmühl) hat den Tarif gekündigt. Das alles muß den Kollegen ein Ansporn sein, mit erneuter Kraft für die Ausbreitung des Steinmetzenverbandes tätig zu sein. Der Kassierer Högl gab den Jahresbericht. Die Einnahme ergab 7625,18 Mk., die Ausgabe betrug 7211,01 Mk. Einschließlich des Vortrages ergibt sich ein Kassenbestand von 2968,94 Mk. Die Neuwahlen ergaben folgendes Resultat: Wilh. Loofe, Vorsitzender, Karl Wunderlich, Kassierer. Zu Revisoren wurden Schmieds, Jakob Klinger und Schöps gewählt. Als Delegierte zum Gewerkschaftskongress Richter, Schwarz und Raßmann.

**Meißen I.** Am 24. Januar tagte im Elisabethchen eine gut besuchte Versammlung. Vor Eintritt in die Tagesordnung streifte Kollege Herfurth die Vorkommnisse des verflossenen Jahres. Auch das Andenken des an der Berufskrankheit verstorbenen Kollegen Johannes Kappeler wurde durch Erheben von den Plätzen geehrt. Hierauf gab der Kassierer den Bericht vom 4. Quartal 1908. Hervorzuheben ist, daß die Gerichtslofen, welche bei der Aussperrung im Köhlerischen Werke durch Verleibungen der schönen Arbeitswilligen entstanden waren in Höhe von 243,47 Mark bezahlt worden sind. Bei der Wahl des Gesamtvorstandes wurden die Kollegen Herfurth als Vertrauensmann, Hörbert als Kassierer einstimmig wiedergewählt. Im weiteren wurden gewählt die Kollegen Leuschner als Schriftführer; Gohmeier, Grieshammer, Radsofen als Revisoren; Reihberger, Göbel und Zwahlen als Revisoren. Kurz und sachlich gab Kollege Zwahlen den Kassenbericht, Steininger den von der Bauarbeiterschutzkommission. Auch in hiesigen Bruchgebieten waren viele Mängel vorgefunden worden, die durch das Eingreifen der Kontrolleure beseitigt wurden. Es meldeten sich 10 Kollegen freiwillig zur Arbeitslosenzählung, welche am 7. Februar stattfinden soll. Am Schlusse der Versammlung wurde nochmals daran erinnert, daß der ehemalige Kollege Ehrlich, nachdem er 31 Wochen Streikunterstützung bezog, dem Verbande den Rücken gekehrt habe. Eine feine Nummer, dieser Ehrlich.

**Pirna.** Sonntag, den 24. Januar, fand im Volkshause eine öffentliche Steinmetzenversammlung statt mit dem Thema: Wirtschaftlich-politische Streiflichter. Kollege Staudinger führte den Anwesenden in fesselnder Weise vor Augen, wie sich die Intensität in der Produktion Schritt für Schritt entwickelt hat. Redner legte dar, wie in der Textilindustrie, im Bergbau und hauptsächlich auch in der Steinindustrie die Produktivität der Arbeiter eminent in die Höhe gedraubt wurde. Der Steinmetze hat heute eine bessere Allgemeinbildung, mehr technische Kenntnisse und Handfertigkeiten wie der vor Jahrzehnten; und somit kann er auch rationeller im Produktionsprozeß tätig sein. An der Hand eines reichen Materials wies er das Entstehen und rasche Entwickeln der Aktiengesellschaften nach, betonte, daß dieselben ja auch in den letzten Jahren in der Steinindustrie üppig ins Kraut geschossen sind und den Aktionären ganz nette Entbehrungslöhne einbringen. Auch die Frage der Arbeitslosenunterstützung durch das Reich behandelte er eingehend, dabei betonte, daß ein Staat, der jährlich Hunderte von Millionen für unkulturelle Zwecke ausbeut, imstande sein müsse, für seine durch Arbeitslosigkeit in Not und Elend geratenen Angehörigen zu sorgen. Dies überlasse man aber den Gewerkschaften, die bei jeder sich bietenden Gelegenheit von Staats wegen bekämpft und schikaniert werden. Zum Schluß führte er noch die Entwicklung der deutschen Gewerkschaften, die andern Nationen als Vorbild dienen, an, dabei hervorhebend, daß die ganze soziale Gesetzgebung nur dem fortwährenden Drängen der Gewerkschaften und der Sozialdemokratie zu verdanken ist. Hierauf trug der Vertrauensmann, Kollege Ernst, den Rassenabschluß des 4. Quartals 1908 vor; derselbe wurde von den Revisoren als richtig bestätigt. Nachdem unter Gewerkschaftlichem verschiedene Wahlen vorgenommen waren, forderte der Vertrauensmann die Anwesenden mit ermunternden Worten auf, in den Reihen der uns noch fernstehenden Kollegen tüchtig zu agitieren. Hoffentlich werden auch in Zukunft die Versammlungen gut besucht. Gerade im hiesigen Sandsteinbezirk haben wir in organisatorischer Hinsicht noch umfangreiche Aufgaben zu lösen. In erster Linie ist es Aufgabe, daß auch die Lokalverwaltung bei ihren Arbeiten weitmöglichst unterstützt wird.

### Literarisches.

**Der städtische Pflasterwirtschaftsplan von Stadtbaurat Vogt-Eberfeld.** (Deutscher Städteverlag, Berlin W 80, Mohlstraße 76. Preis 1.50 Mark.) Die Veröffentlichung geschah wohl darum, um den Herren Stadtbauern Informationen zu geben, wie eine großzügige Straßenbebauung ins Auge gefaßt werden soll. Uns Steinmetzen beweist die Schrift, daß unter allen Pflasterarten der Granit, insbesondere was Dauerhaftigkeit anbetrifft, an weitaus erster Stelle steht. Nach den gemachten Erfahrungen dürfen für die einzelnen Pflasterarten folgende Werte für die Benutzungsdauer angesehen werden:

1. Asphalt, Holz, Grauwade, Ruhrkohlenstaudstein übereinstimmend: a) bei starkem Verkehr 15 Jahre, b) bei mittlerem Verkehr 18 Jahre und c) bei schwachem Verkehr 20 Jahre.
  2. Granit: a) bei starkem Verkehr 25 Jahre, b) bei mittlerem Verkehr 35 Jahre und c) bei schwachem Verkehr 45 Jahre.
- Als wirtschaftlicher Faktor kommt noch hinzu, daß das Granitpflaster bedeutend billiger ist als wie Asphalt- und Holzpflaster. Im übrigen sei betont, daß Stadtbaurat Vogt seine Profiküre recht überflüssig dargestellt hat.

Im Verlag von J. G. W. Diez Nachf. in Stuttgart ist erschienen: Die Novelle zur Gewerbeordnung vom Dezember 1908. Von Artur Stadthagen. Preis 20 Pf.

Diese Ausgabe ist für alle Interessenten unentbehrlich und für die Befürworter des Arbeiterrechts wird sie eine willkommene Ergänzung bilden.

Geschäftsbericht des Deutschen Transportarbeiterverbandes für 1908, Zahlstelle Leipzig. (Selbstverlag.) Der Bericht zeigt, daß an der Spitze der Zahlstelle eine äußerst rührige Leitung steht. Die Zahlstelle zählt 4382 Mitglieder.